

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 0.70 Goldmark, Reklameweile 1.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Drucke Wort 0.20 Goldmark (außerdem zwei fertige Drucke Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark, Stellenzettel das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark, Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0.30 Goldmark, eine Goldmark — ein Tollar geteilt durch 4.20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 8. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Volksrechtkonto: Berlin 373 36 — Bankkonto: Direktion der Droschkengesellschaft, Teufelhofstraße Lindenstraße 3

Unsere Kandidaten.

Die Vorschlagslisten für Berlin und Potsdam II.

Der gestrige außerordentliche Berliner Parteitag widerspiegelte das Bild der inneren Geschlossenheit und Festigkeit der Berliner Parteiorganisation. In einer knappen Stunde wurden die Kandidaten für den Reichs- und Landtag aufgestellt. Während die Sieger von gestern, die Deutschnationalen, nicht nur Tote, sondern Wunden zu beklagen scheinen, um aus der Menge der Ja- und Nein-sager diejenigen auszuwählen, die im künftigen Reichstag vielleicht Gelegenheiten haben sollen, mannhafte deutsche Politik nach berühmten Vorbildern zu treiben, steht die Sozialdemokratie, von altem Kampfsgeist befeuert, in geschlossener Angriffsfront.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach die Versammlung den Genossen Hirsch und Heilmann durch den Vorsitzenden, Genossen Künzler, ihren Glückwunsch zu ihrer bisherigen erfolgreichen Arbeit aus, die sie zum Wohl der Einwohner Berlins in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen geleistet hatten.

Die Reichstagskandidaten.

Genosse Künzler berichtete dann über die Borearbeit des erweiterten Bezirksvorstandes zur Aufstellung der Reichstags- und Landtagskandidaten. Er betonte dabei insbesondere, daß diese Vorschläge vom engeren Bezirksvorstand und den Vorsitzenden der Berliner Kreise einstimmig angenommen wurden. Nach kurzer Aussprache, die sich insbesondere auf die Doppellandidatur der Genossin Kymek bezog, wurden folgende Listen für den Reichstag per Akklamation gemäß den Vorschlägen des erweiterten Bezirksvorstandes angenommen.

Vorschlagsliste für den Wahlkreis Berlin.

- 1. Artur Celspion
2. Hugo Heilmann
3. Clara Bohm-Schuch
4. Siegfried Aufhäuser
5. Richard Fischer
6. Dr. Julius Moses
7. Hermann Wäger
8. Lorenz Breunig
9. Adolf Hofmann
10. Minna Lodenhagen.

Vorschlagsliste für den Wahlkreis Potsdam II.

(Teltow-Beesfow):

- 1. Frh Jubeil
2. Eduard Bernstein
3. Franz Künzler
4. Elsefriede Kymek
5. Dr. Kurt Löwenstein
6. Kurt Heintz
7. Richard Kille
8. Hans Holz
9. Ella Seger
10. Wilhelm Reimann.

Die Landtagskandidaten.

Bei der Aufstellung der Kandidaten zum Landtag rief ein Antrag Berlin-Mitte eine kurze Aussprache hervor, der forderte, daß Genossen, die in verantwortlichen Verwaltungsstellen der Gemeinde tätig sind, nicht als Reichs- oder Landtagskandidaten benannt werden sollten. Der Antrag wurde alsdann abgelehnt. In der weiteren Aussprache wurden einige Änderungen in der Stellenbesetzung vorgeschlagen, die jedoch durch die Annahme der vom Bezirksvorstand vorgelegten Wahlvorschläge abgelehnt wurden. Folgende Listen wurden für den Landtag aufgestellt:

1. Wahlkreis, Berlin.

- 1. Paul Hirsch
2. Karl Leid
3. Gertrud Hanna
4. Otto Meier
5. Hermann Lüdemann
6. Dr. Wepl
7. Erich Kufner
8. Gustav Sabath
9. Eduard Jachert
10. Helene Schmieh
11. Emil Klein
12. Karl Weiner
13. Willi Marske
14. Paul Hennig
15. August Gebert.

2. Wahlkreis, Potsdam II (Teltow-Beesfow):

- 1. Friedrich Bartels
2. Georg Klauhnert
3. Luise Köhler
4. Emil Klobt
5. Willi Drügemüller
6. Hermann Harnisch
7. August Heilmann
8. Albert Hortsch
9. Franz Czerniak
10. Georg Wendt
11. Hedwig Wachenheim
12. Hans Woywod
13. Georg Richter
14. Richard Draemert
15. Georg Ooppel.

Ferner beschloß der Bezirksparteitag, dem Parteivorstand zu empfehlen, die Gen. Adolf Hoffmann, Marie Kunert und Dr. Herz Spandau an sicherer Stelle auf die Landesliste zu setzen. Der zweite Vorsitzende, Genosse Müller, schloß den Parteitag mit einer kurzen Ansprache, in der er auf die Einigkeit und Geschlossenheit hinwies, die der Parteitag durch seine schnelle und erfolgreiche Arbeit bezeugt hatte. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie erreichte der Berliner Parteitag sein Ende.

Kriegsschuld-Taktik.

Stamtpolitik oder wissenschaftliche Forschung?

Es ist bezeichnend für das beschämend niedrige Niveau der deutschen nationalen Gesamtpolitik, wie entsetzlich wenig man gerade im Lager der Hergt, Windler und Genossen von der Kriegsschuldfrage weiß. Von dieser Seite ist am allerwenigsten geschehen, um die Klärung der Schuldfrage vorwärtszubringen. Die wichtigsten Beiträge, die auf diesem Gebiete von bürgerlichen Politikern und Forschern geliefert wurden, stammen von Leuten wie Delbrück und Montgelas, die von der Reaktion entschieden bekämpft werden. Als die deutschnationale Fraktion nach den letzten Wahlen vorübergehend gestärkt in den Reichstag zurückkehrte, setzte sie die Bepredung einer Interpellation über die Schuldfrage durch. Der für diese große, langersehnte „Action“ von ihnen vorgeschickte Fraktionsredner Berndt entwickelte in einer wohl seit Wochen und Monaten vorbereiteten anderthalbstündigen Rede einen Gemeinplatz nach dem andern und brachte auch nicht einen halben neuen Gedanken zum Ausdruck. Er offenbarte dabei eine absolute Unkenntnis der wichtigsten internationalen Kriegsschuldliteratur und seine ganze Wissenschaft schien sich auf die Lektüre des 1916 erschienenen E. D. Morelschen Buches zu beschränken.

Mit Recht hat Macdonald in einer vielbeachteten Stelle seiner Genfer Rede vor dem Völkerbund erklärt, daß die Prüfung der Schuldfrage eigentlich den Historikern überlassen werden sollte, und daß man zu einem endgültigen und sicheren Urteil erst in 50 Jahren kommen dürfte. Aber dieselben rechtsstehenden Leute in Deutschland, denen diese Äußerung so gut gefiel, weil sie darin — wohl mit Recht — ein Abrücken von der Schuldfrage erblickten, wollen die Behandlung der Schuldfrage zu einem großen Volksrummel gestalten, veranstalten in Berlin und München, in Hamburg und Breslau immerfort Massenkundgebungen, in denen Bierbankreden geschwungen werden, deren geistiger Inhalt womöglich noch tiefer steht als die langweilige Interpellation des Herrn Berndt.

Für dieses Verhalten gibt es nur zweierlei Erklärungen: Entweder sie haben nicht begriffen, daß es bei der Behandlung der Schuldfrage ausschließlich darauf ankommt, einen Umschwung in der öffentlichen Meinung des Auslandes herbeizuführen und daß solche „vaterländischen“ Kundgebungen jeden derartigen Umschwung nicht nur nicht fördern, sondern sogar bis zur Unmöglichkeit erschweren, erstens ihres deutsch-monarchistischen Charakters wegen und zweitens, weil sie meist in der Ablehnung einer deutschen Reparationspflicht ausflingen. Oder es kommt den Herrschenden gar nicht auf die Belehrung des Auslandes und auf die Revision des Schuldurteils von Versailles an, sondern sie erstreben lediglich innerpolitische Propagandavorteile zugunsten der Monarchie.

In Wahrheit ist ein solcher Umschwung in der öffentlichen Meinung des Auslandes, namentlich in Frankreich, bereits seit langem im Werden. Macdonald sprach eigentlich nur das offen aus, was von Millionen von Franzosen, Engländern, Amerikanern, Italienern bereits gedacht wird, was aber niemals laut verkündetes Gemeingut bei unseren früheren Begnern sein wird, solange die Möglichkeit besteht, daß die deutsche Reaktion zugunsten eines mit Recht verhassten und gefürzten Regimes davon Nutzen zieht. Wir hatten die Hoffnung niemals aufgegeben, daß das französische Volk die Kriegsschuld eines Poincaré einmal erkennen würde. Diese Hoffnung verwirklicht sich seit einiger Zeit in immer stärkerem Maße, nicht dank der „vaterländischen“ Kundgebungen, sondern trotz dieses störenden Rummels. Einmal ist es die Mentalität der Völker, die sich in der Richtung einer um so stärkeren Fähigkeit zur kritischen und unparteiischen Stellungnahme entwickelt, je mehr man sich von den Ereignissen zeitlich entfernt, und außerdem sind es die Ergebnisse der historisch-wissenschaftlichen Forschung, die alle Vor- und Fehlurteile zu korrigieren helfen.

Außer in den allerletzten Monaten sind z. B. in Frankreich mehrere Arbeiten erschienen, die aus dem bisherigen Stand der Kriegsschuldfrage das Fazit ziehen und zwar in einer Weise, die für Poincaré geradezu vernichtend ist. Lange Zeit hatte die französische Presse die Taktik befolgt, die Veröffentlichungen der „Gesellschaft für das dokumentarische Studium der Kriegsurkunden“ totzuschweigen. Das lag vielleicht auch daran, daß die meisten Autoren dieser kleinen Gruppe — Demartial, Pevet, Morhardt, Gouttenoire de Loury — gewissermaßen zu umgekehrten Stellungnahmen wurden und mit einem Fanatismus alle Fragen behandelten, der es selbst dem unparteiischen Deutschen manchmal schwer macht, ihnen beizupflichten. Alles, was von Entente-Seite im Juli 1914 geschehen ist, trägt in ihren Augen verdächtigen, wie nicht gar verbrecherischen Charakter; alles, was deutscher oder gar österreichischerseits damals geschah, wird dort begründet und gerechtfertigt. Ist es nicht einem dieser Autoren sogar eingefallen, gegen die Randbemerkung Wilhelm II. zu dem Borklaut der serbischen Antwort auf das Wiener Ultimatum, wonach Österreich nunmehr alles erreicht

Eisenbahnerstreik in Deutschösterreich.

Rücktritt der Regierung und des Generaldirektors der Bundesbahnen.

Wien, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) In den heftigen entscheidenden Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahner drohte die christlichsozial-großdeutsche Regierung wiederholt mit ihrem Rücktritt, wenn die Forderungen aufrechterhalten würden. Die Vertreter der Eisenbahner erwiderten, daß sie für wirtschaftliche Ziele kämpfen und sich nicht unter politischen Druck stellen lassen. Während die Forderungen für das aktive Personal so ziemlich bewilligt wurden, lehnten Regierung und Generaldirektion der Bundesbahnen eine genügende Erhöhung der Bezüge der Pensionisten ab. Daran scheiterten schließlich die Verhandlungen. Die Regierung erklärte, daß sie nunmehr dem Bundespräsidenten und dem Hauptplauschuh des Nationalrats ihren Rücktritt anzeigen werde. Auch Generaldirektor Günther ist zurückgetreten.

Die Richtlinien für den Streik, die von dem sozialdemokratischen, dem christlichsozialen und dem großdeutschen Eisenbahnerverband bereits vor mehreren Tagen gemeinsam herausgegeben worden waren, sollten im Fall der Einigung widerrufen werden. Da es nicht zur Einigung gekommen ist, erfolgt auch ein Widerruf nicht und das Gesamtpersonal der Bundesbahnen tritt heute nacht 12 Uhr geschlossen in den Streik.

Im weiteren Verlaufe des Abends sind inoffizielle Verhandlungen mit der Generaldirektion der Bundesbahnen wieder eingeleitet worden, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der Streik nur kurze Zeit dauern wird.

Auch diese Nachverhandlungen sind, wie spät nachts aus Wien amtlich gemeldet wird, gescheitert.

Wien, 7. November. (M.B.) Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen verächtlich eine längere Mitteilung, worin sie zunächst die den Angestellten zugesagten Lohnausbesserungen aufführt. In den Verhandlungen über die von den Gewerkschaften ultimativ mit dem 7. November befristeten Forderungen erklärte die Bundesbahnverwaltung, einen Betrag von 42 Milliarden (282 Millionen Mark) zur Ausschüttung einer unmittelbaren Teuerungszugewand und 25 weitere Milliarden für andere Forderungen zuzugestehen. Zum Schluß hebt die Mitteilung hervor, daß die Bundesbahnverwaltung trotz der bereits zugestandenen Aufbesserungen im Ausmaß von 892 Milliarden (55,3 Millionen Mark) auch diesmal zu schwer ins Gewicht fallenden Opfern bereit sei.

Waffenflucht der Fremden.

Wien, 7. November. (M.B.) In Wien hat eine Waffenflucht der Fremden eingesetzt. Die abgehenden Züge wurden gestürmt, ohne daß annähernd alle Passagiere mitfahren konnten. Die vornehmen Stadthotels leerten sich schon nachmittags, und es blieben nur wenige Fremde, die über Autos verfügen, zurück.

Nordamerikanisches Gesamtergebnis.

Zwei Sozialisten im Repräsentantenhaus.

Washington, 7. November. (M.B.) Die Republikaner erlangten im Repräsentantenhaus 248 Sitze, also einen Zuwachs von 21 Sitzen, wodurch sie eine Mehrheit von 28 erhalten. Die Demokraten haben 173, die Farmerlabour-Partei 3 und die Sozialisten zwei Sitze. Die Demokraten nahmen den Republikanern vier Sitze ab und verloren 27. Die zwei Sozialisten sind die wiedergewählten Victor Berger, Wisconsin und Cagmardia-New York. Sie werden dem Casollette-Block angehören. Die drei Kandidaten der Farmerlabour-Partei wurden in den Kongressdistrikten von Minnesota gewählt, wo die Republikaner einen Sitz verloren.

Im Senat erhöhte sich die Zahl der Sitze der Republikaner von 49 auf 52, abgesehen von Iowa und Minnesota, wo die Senatswahl noch unentschieden ist, die Demokraten 39, die Farmerlabour-Parteien einen. Die Republikaner nahmen den Demokraten vier Senatsitze ab.



habe, was es wollte, heftig zu polemisieren, diese Antwort Punkt für Punkt als unbefriedigend und ungenügend zu bezeichnen und das militärische Vorgehen gegen Belgrad damit zu rechtfertigen! Es mag sein, daß in dem Bewußtsein, ohne dies gegen den Strom zu schwimmen, die Povel und Morhardt gewissermaßen absichtlich über das Ziel hinausgeschossen haben, aber sie haben damit zugleich die Resonanz beeinträchtigt, die ihre Arbeiten im eigenen Lande bezwecken und verdienen. Auch das neue Morhardt'sche Buch „Die Beweise“ ist bis auf eine begeisterte Besprechung durch den bekannten Romanchriftsteller Bitor Marguerite in der „Ere Nouvelle“ fast totgeschwiegen worden. Es enthält in gedrängter und wirkungsvoller Aneinanderreihung und Zusammenfassung die überzeugenden Beweise des planmäßigen Kriegswillens Poincarés und Iswollkis, geht aber, wie bereits erwähnt, in der Rechtfertigung aller Handlungen der Wiener und aller Unterlassungen der Berliner Regierung u. d. viel weiter, als es jemals eine wirkliche objektive Forschung tun wird.

Ein anderes Werk, das zu Beginn des vergangenen Sommers erschien, hat dagegen das gleiche Schicksal des Totgeschwiegenwerdens nicht erlebt, sondern im Gegenteil eine solche Sensation erregt, daß die verschiedensten Blätter, je nach der politischen Tendenz, dazu in langen Leitartikeln Stellung genommen haben. Es handelt sich um das Buch eines Fünfundzwanzigjährigen, Alfred Fabre-Luce, der schon auf einen mehrjährigen Dienst in der Diplomatie zurückblicken konnte (er ist ein Verwandter des Berliner Botschafters de Margerie) und bereits zwei Jahre zuvor ein Buch über die englisch-französischen Beziehungen veröffentlicht hatte, das schon damals starkes Aufsehen erregte. Dieses Buch, das den Titel „Der Sieg“ trägt, ist bei weitem das beste Werk, das in den letzten zehn Jahren in irgendeinem Lande über die Kriegsschuldfrage erschienen ist. Es zerfällt in zwei Teile: im ersten erörtert es das Problem der Entstehung des Krieges, im zweiten unterzieht es die Politik von Versailles einer unerbittlichen Kritik. Die Sektüre des ersten Teils wäre infolge des etwas komplizierten Aufbaues ermüdend, wenn sie nicht durch seinen geradzuehlenden Stil und seine überaus scharfsinnigen politischen und psychologischen Bemerkungen und Schlussfolgerungen von atemberaubender Spannung wäre. Ohne die Leidenschaft und das Pathos der Povel und Morhardt, sondern mit fast übertriebenen nüchternen Sachlichkeit bildet dieses Buch die fürchterlichste Anklage gegen Poincarés und Iswollkis Kriegswillen, die jemals erhoben worden ist. Wie armselige geistige Zwerge erscheinen die deutschen Kriegsschuldskämpfer im Vergleich zu diesem jungen Franzosen.

Wie soll man sich nun zu diesen Veröffentlichungen verhalten? Wer deutsch-monarchistische Propaganda für wichtiger hält als die Belehrung des Auslandes, der wird sich natürlich dieser Bücher bemächtigen und damit einen solchen Lärm schlagen, daß ihre Wirkung dort, wo es darauf ankommt, nämlich in Frankreich, schließlich verpufft. Da eine Rechtfertigung der Hohenzollern am wenigstens der Wunsch dieser — durchweg linksgerichteten — Franzosen ist, wird man höchstens damit erreichen, daß sie in ihrem Eifer erlahmen. Aber eine andere Taktik führt zum Ziele: Diese hoffnungsvolle Entwicklung im Ausland fortzuführen und auszureifen lassen, die Anklagen von heute und morgen (auch Victor Marguerite selbst bereitet ein eigenes Kriegsschuld buch vor) mit sachlichem, einwandfreiem, wissenschaftlichem Material anregen und befruchten — und im übrigen: möglichst wenig Pressefärm, möglichst wenig Rundgebungen, möglichst wenig „Aktionen“, veranstalten, die nur zum umgekehrten Ergebnis führen.

Als eine wissenschaftliche Arbeit von hohem Werte ist die neuerdings im Auftrage des Auswärtigen Amtes von

Friedrich Stieve herausgegebene Sammlung des diplomatischen Schriftwechsels Iswollkis anzusehen. Ein Teil dieser Berichte und Telegramme Iswollkis war bereits bekannt dank Veröffentlichungen im „Berliner Tageblatt“ und in der „Humanität“ (hinsichtlich der Bestechlichkeit der Pariser Presse). Es sind aber in der vierbändigen Sammlung 500 neue Schriftstücke enthalten, nicht nur Iswollkis, sondern z. B. auch Sazonows, und das ganze wurde von Stieve in einem fünften Band sachlich und eindrucksvoll geschichtlich zusammengefaßt. Man kann an der Hand dieser authentischen Dokumente den kalten und systematischen Kriegswillen Iswollkis seit seiner Ankunft als Botschafter in Paris im Jahre 1911 bis kurz vor Kriegsbeginn fast Tag für Tag verfolgen und die durchaus parallele Gesinnung und Tätigkeit Poincarés geht aus diesen Dokumenten nicht weniger deutlich hervor. Iswollkis Haß gegen die deutsch-französische Versöhnungspolitik Caillaux, sein Aufatmen über dessen Sturz durch Poincaré, sein Zittern um das Ergebnis der Wahl zum Präsidenten der Republik im Januar 1913 und sodann die intime Zusammenarbeit mit Poincaré, wobei letzterer als der größte Treiber zum Krieg, als der eigentliche Scharfmacher in den Balkanconflikten, die eigentlich nur Rußland berühren, erscheint — das sind nunmehr unwiderlegbare geschichtliche Tatsachen.

Leider hört die sonst sehr vollständige Sammlung mit dem Anschlag von Serajewo auf. Von unbekannter Hand sind diejenigen russischen Archive, die sich auf die Schicksalswochen vom Juli 1914 beziehen, wohl aus guten Gründen verschleppt worden. Sie würden zwar nur die Kette der Beweise endgültig geschlossen haben, aber allein die Tatsache ihrer Enternung spricht Bände.

Alles, was auf diesem Gebiete und nach diesem Muster deutscherseits geschieht, um die Schuldfrage wissenschaftlich zu klären, wird stets unseren Beifall finden, weil nur so die Leugende der einseitigen und sogar der hauptsächlichsten Kriegsschuld Deutschlands auch in den Augen der übrigen Völker widerlegt werden kann. Jede monarchistische Reinwaschungspropaganda dagegen, wie überhaupt jeder öffentliche Kriegsschuldsummel mit Stammschreien und oberflächlichen Protestresolutionen wird auf unsere unbedingte Gegnerschaft stoßen, teils aus taktischen Gründen im Interesse der Sache, teils aus Gründen der historischen Wahrheit: weil schon das „Hineinschüttern“ der kaiserlichen Regierung in den Krieg, jene Trottelhaftigkeit, die die Vermichtung von 1½ Millionen von deutschen Menschenleben miterlaubt hat, ein nie wieder gutzumachendes Verbrechen ist, das im Novembersturm von 1918 eine noch viel zu gelinde Sühne gefunden hat.

### Bürgerblock und Scharfmachergeld.

Industriegelder für die Deutschnationalen.

Der „Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller“ schnorrt bei den deutschnationalen Unternehmern um Wahlgelder für die Deutschnationalen. Der Schnorrbrief der Herren Hugenberg und Reichert enthält eine unverschämte Beschimpfung der Parteien links von den Deutschnationalen. Er behauptet, daß der Linken „erhebliche Mittel aus dem Inlande und dem Auslande und anscheinend nicht nur aus privaten Quellen“ zur Verfügung stehen. „Diese Anstrengungen“, heißt es dann, „bedrohen die Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft.“

Warum denn nicht gleich die Linke ist von französischem Regierungsgeld bestochen! Diese Unterstellung wird von den folgenden Industriellen mit Namen gedeckt:

Hans Wend, Hochlamp-Altona; Ministerialdirektor Dr. Wendenbauer, Berlin; Dr. Richard Freiherr von Michel-Kaulino, Bamberg; Walter Rühlingshaus in Fa. Steffens u. Roelle, Berlin; Fabrikbesitzer Karl Reubaus, Löwen-Pyrmont; Dr. Friedrich Oldenbourg, München; D. Wilhelm Freiherr von Beckmann, Direktor der Bayerischen Handelsbank, München; Dr.-Ing. W. Reichel, Geheimrat.

Berlin-Bankw.; Fabrikbesitzer Dr. Riemerschmidt, München; Fabrikbesitzer Emil Ritterhaus, Brandenburg; Karl Schaller, Mitglied des Vorstandes der Julius Binsch A.-G., Berlin; Generaldirektor Kommerzienrat Th. W. Schmidt, Hof (Bayern); Geheimrat Regierungsrat Schmarh, Präsident der Preussischen Central-Bodencredit A.-G., Berlin; Dr. Springorum, Dortmund; Dr. Tänzler, Berlin; Frh. Th. Thissen, Wülheim (Ruhr); Dr. Ludwig von Winterfeld, Mitglied des Vorstandes der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H., Berlin.

Das sind die Geldgeber der Deutschnationalen. Mit Scharfmachergeld führen sie den Wahlkampf für die soziale Reaktion. Bürgerblock ist Beisitzblock, bedeutet Klassenherrschaft des Großkapitals.

### Menetekell

Gemeindevahlen in Mecklenburg-Strelitz.

In Mecklenburg-Strelitz fanden am Sonntag Gemeindevahlen statt, die als Präzedenz für die Reichstagswahlen, ähnlich wie in Hamburg, Interesse verdienen. Die Wahl in der größten Stadt des Landes, Neubrandenburg, hatte unter Berücksichtigung der Nebenwahlen zum Reichstag folgendes Ergebnis:

	2. November	4. Mai
Sozialdemokraten	1480	1205
Kommunisten	860	954
Völkische	767	1654
Deutschnationale	1821	2068
Deutsche Volkspartei	538	390

Bezüglich war der Ausfall in dem nächstgrößten Ort Neustrelitz. Dort ergab die Wahl in runden Zahlen:

	2. November	4. Mai
Sozialdemokraten	1300	800
Kommunisten	200	1000
Völkische	440	1400
Deutschnationale und Volkspartei	1150	2500

In beiden Orten verzeichnen also alle Parteien einen starken Stimmenrückgang, während die Sozialdemokratische Partei sich nicht nur gehalten, sondern eine beträchtliche Anzahl Stimmen neu gewonnen hat. Nach Prozenten berechnet haben die Kommunisten in Neubrandenburg bzw. Neustrelitz verloren 42 und 80 Proz., die Völkischen 68 und 75 Proz., die Deutschnationalen 50 und 55 Proz. In den kleineren Orten, in denen gewählt wurde, liegen die Verhältnisse nicht viel anders.

### Parlamentsbeginn in Hamburg.

Die bisherige Koalition im Bürgerausschuß.

Hamburg, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Das neu gewählte hamburgische Landesparlament trat am Freitagabend zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Alterspräsident Genosse S. 1011 hat in seiner Einführungrede scharf den republikanisch-demokratischen Gehalten hervor und betont, daß die Unschönheit des Wahlkampfes jetzt der sachlichen Arbeit weichen müsse. Bei der Wahl des Präsidenten erhielt der bisherige Präsident Genosse Rudolf Kof 136 von 143 abgegebenen Stimmen. Erster Vizepräsident wurde nach der Fraktionsstärke der Deutschnationale Dr. Böhner, zweiter Vizepräsident der Volksparteier Sanna. Die Zahl des Bürgerausschusses, auf den ein Teil der Beschlüsse des Parlamentes übergeht und der nach den Grundgesetzen der Verhältniszahl zusammengesetzt wird, ergab folgende Verteilung: Sozialdemokraten 7, Demokraten 3, Kommunisten 2, Volkspartei 3 und Deutschnationale 5 Sitze. Die bisherige Koalition hat also die Hälfte der Sitze inne. Die Völkischen stimmten für die Deutschnationalen. Von den vier Schriftführersitzen fielen zwei an die Sozialdemokraten und je einer an die Demokraten und Kommunisten. Von den Kommunisten wurde ein Antrag auf Haftentlassung der wegen des Oktoberputsches verurteilten kommunistischen Abgeordneten eingebracht. Ein Mißtrauensantrag gegen den bisherigen Senat, durch den nach der Verfassung nur ein Gesamtrücktritt herbeigeführt werden kann, ist bisher nicht gestellt. Wie wir erfahren, finden aber bereits Verhandlungen zur Umbildung des Senats statt.

## Seine Schwester.

Von Käthe Lucie Günther.

Sonntagmorgen.

Die beiden Männer saßen im gegenseitigen, brütenden Schweigen am Frühstückstisch. Der Vater schied die Tasse zurück. Es schmeckt ihm heute nicht. Seine Hand greift zur Zeitung. Die Buchstaben wirbeln ihm durcheinander — die Worte verlieren den Sinn, bevor sie ihm benutzt werden. Seine Gedanken umkreisen im jähem Festhalten das eine Wort — das, im Hohn ausgesprochen, ziellos in der Luft schwebt. Die Luft verfliehet. . . Sein Blick streift mißtrauisch den Sohn, lastet im Raum umher — bleibt an der Kommode haften, deren sonst so blankte Platte eine leichte Staub-schicht aufweist.

„Da hat sie immer Blumen hingestellt, der Mädel. Jeden Sonntag.“

Der Sohn schweigt.

„Son Ruder! — Un ist foga bei Wort wieder un wennst' noch un noch ablesst. Der Mädel is un bleibt eene . . .“

„Vater!“

Der Sohn springt auf. Steht hochgeredt vor dem Vater. Sein junges, intelligentes Gesicht strahlt.

„Vergiß bitte nicht, daß Trude meine Schwester ist!“

Der Vater steckt seine Pfeife in Brand.

„Nanu — wat wäste'n damit gesagt haben? Du — Junge, noch bin ich hier Herr im Haus!“

Der Sohn legt begütigend die Hand auf des Vaters Schulter.

„Das sollst Du auch bleiben. Und hoffentlich noch recht lange. Aber — Vater, es muß endlich einmal ausgesprochen werden: Du überspannst Deine Rechte!“

„Wat überspann ist?“

„Deine Rechte als Vater!“

„???“

„Ja, Vater, Trude ist jung. Ihre Kindheit war hart und ohne Freunde. Daß sie trotzdem so lieblich geblieben — daß sie uns hier mit so unermüdetem Eifer die Hausfrau erseht — daß sie uns unser enges Heim erträglich macht, Vater — das sollten wir ihr danken.“

„Instern, det is ihre Pflicht un Schuldigkeit!“

„Und wenn ihr diese ihre Pflicht eines Tages zu schwer wird — wenn sie dein ewiges Nörgeln und Verbittern jeder Freude nicht mehr ertragen kann und mag — was dann — —?“

Der Vater pafft dicke Wolken.

„Du sollst ihr hin und wieder einmal ein harmloses Vergnügen gönnen.“

„So. Kennst du vielleicht harmlosere Bohnen — bis morgens um Sechse?“

Der Sohn lehnt sich im Stuhl zurück. Die Erinnerung an die

in lustiger Gesellschaft verlebte Nacht zaubert ein Lächeln um seinen herben Mund.

„Ja, Vater, bis morgens um Sechse hat unser Fest gedauert. Es war sehr schön. Unsere Trude ist ordentlich aufgebüht.“

„Wo denn?“

„Über Vater — ich habe Dir doch erzählt, daß mein Ingenieur und Vorgesetzter, der mich seinen Freund und Mitarbeiter nennt, den praktischen Erfolg seiner Erfindung feiern wollte. Und — daß er mich gebeten hat, meine kleine Schwester mitzubringen.“

„hm.“ Der Vater pafft dicke Wolken.

„Und da Du gestern bei Deinen Freunden warst — und ich Dich nicht stören wollte — habe ich Trude eben ohne Deine Extralaubnis mitgenommen.“

Der Vater pafft immer dickere Wolken.

„Und da ich eine andere Dame nach Hause bringen wollte — habe ich unsere Trude dem Ingenieur anvertraut. Und der, mein Freund, hat sie in allen Ehren bis an unser Haus begleitet.“

„Warum hat sie mir denn det nicht gesagt, als sie um Sechse ankam?“

Der Sohn blinzelt den Vater durch die Tabakswolken hindurch beäugelt an.

„Hast Du sie denn zu Worte kommen lassen, Vater?“

Der Vater läßt die Pfeife sinken.

„Nun! Det hab' ich warstig nicht. Den Mund hab' ich ihr raboten, als sie sich vordrängen wollte. Mein Haus hab' ich ihr raboten. Kauselchmissen hab' ich det Mädel.“

Der Sohn nickt. Er weiß. . .

Der Vater erhebt sich schwerfällig. Steht — und brummt in sich hinein. Nimmt das Staubtuch aus dem Wandlörchchen und wischt mit zitternden Fingern den Staub von der Kommode.

Der Sohn ist ans Fenster getreten. Sein liebevoller Blick umfaßt des Vaters müde Gestalt. Begreift sein verlagertes Tun. Mit innerlich bezetzter Stimme sagt er:

„Ubrigens, Vater — der Ingenieur hat unsere Trude gern. Er will heut nachmittag herkommen. Will unseren Vater kennen lernen!“

Der Vater hebt seinen Kopf.

„Det — — — det — — —“

Er kann nicht sprechen. Still geht er in die Küche.

Der Sohn bleibt am Fenster stehen. Abwartend. Er beobachtet durch die offene Tür, wie der Vater die Blumen entbedt, die Trude für den Sonntag besorgt — und die sie, damit sie sich frisch erhalten über Nacht in Wasser gelegt hat. Er sieht, wie der Vater behutsam, mit zärtlicher Geste über die Blüten streicht — wie er sie bedächtig aus der Vase nimmt. Er möchte zu ihm gehen, ihm ein gutes Wort sagen, aber — — — er kennt den Vater. Der darf jetzt nicht gestört werden. . .

Die Blumen im Arm — kommt der Vater zurück. Grübelnd bleibt er vor der Kommode stehen:

„Wenn ich bloß wüßte, wo der Mädel jetzt steht. Ist — ist — — —“

Der Sohn unterbricht ihn mit befreitem Aufatmen:

„Ich weiß, wo Trude ist, Vater.“

Die Blicke der beiden Männer treffen sich. Das wieder aufstachelnde Mißtrauen in den alten Augen wird durch die Liebe — durch die helle Freude, die ihm aus den jungen Augen entgegenstrahlt, schnell überwunden.

„Na, denn is et ja tu . . .“

Der Sohn gibt ein verstoßenes Zeichen aus dem Fenster.

Der Vater hat nichts gemerkt. Er steht vor der Kommode und freut sich über die Blumen, die genau auf demselben Platz stehen, den der Mädel ihnen angewiesen. Nichts hebt er den Kopf, staunt den Sohn an — schreit ihm zu:

„Wat schritst denn noch immer ant Fenster. Jesh, renne — hyl unsere Trude.“

„Damit wir wieder wissen, det Sonntag is!“

Die Lesefäle der Preussischen Staatsbibliothek. Seit einiger Zeit ist auch der Orientalische Lesesaal in der Staatsbibliothek der allgemeinen Benutzung zugänglich gemacht, es mag daher angebracht erscheinen, einiges über die Lesefäle der Staatsbibliothek zu sagen.

Von den vier Lesefälen ist der Große Lesesaal wohl vielen bekannt. Er ist in diesem Jahre einer ziemlich gründlichen Modernisierung unterworfen worden, die Abteilung „Theologie“ ist sogar gänzlich aufgestellt. Für fast alle Nationen ist durch Konversationslexika gesorgt, man findet nämlich nicht nur die bekannten deutschen, englischen (amerikanischen) und französischen, sondern auch je ein großes niederländisches, schwedisches, dänisches, spanisches, russisches und silesisches Konversationslexikon. In dem Lesesaal und an anderen Stellen hängen auch Vappereien mit Winken „zur Benutzung der Staatsbibliothek“. Interessierend ist darin nur der Postus: „In dringenden Fällen werden Bestellungen für die Belieferung wie für den Lesesaal sofort erledigt.“ Von nachmittags 3—9 Uhr ist gar nicht daran zu denken, aber auch von 9—3 Uhr erhält man durchaus nicht immer dringend gebrauchte Bücher. Entschuldigend wird dies von den leitenden Beamten mit dem „Beamtenmangel“, denn auch in der Staatsbibliothek sind 10 Prozent der Beamten abgebaut worden, trotzdem durchaus keine „Personalinflation“ wie bei vielen anderen amtlichen Stellen festzustellen ist. Wenig appetitlich sind die Kataloge des Lesesaals anzusehen. — Im Zeitlichstelesesaal hat sich nichts geändert, unter den ausliegenden Zeitschriften vermischt man unser wissenschaftliches Organ „Die Gesellschaft“. — Der Orientalische Lesesaal enthält eine sehr gute und reichhaltige Zusammenstellung von Grammatiken, Wörterbüchern und Literaturgeschichten der meisten orientalischen und der afrikanischen Sprachen, wichtige Texte in der Originalsprache (Chinesisch, Sanskrit, Arabisch, Hebräisch usw.), sowie Bücher über Land und Leute und die Fachzeitschriften. Leider ist dieser Lesesaal vorläufig nur von 9—3 Uhr geöffnet und damit den tagsüber berufstätigen Studenten usw. ver-



## Die Konservativen melden sich.

Dies alles sei mir untertänig!

Die Deutschkonservativen sind enttäuscht, daß bei der Aufstellung der Kandidatenlisten der Deutschnationalen nicht an der Spitze einer jeden Kandidatenliste ein echter, alter harringtoner Konservativer steht. Großartig erlärte der weitere Vorstand der Deutschkonservativen Partei folgende Erklärung:

Der weitere Vorstand der Deutschkonservativen Partei erhebt aus der Aufstellung der Wahlwerberlisten der DNVP. zu seinem Bedauern, daß dabei berechnete konservative Forderungen nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden sind. Jetzt kommt es indessen allein darauf an, aus den Wahlen des 7. Dezember im Reich und in Preußen eine klare und geschlossene nationale Rechte hervorgehen zu lassen. Deshalb fordert der weitere Vorstand die konservativen Parteifreunde auf, die Gesetzmäßigkeit zu wahren, jede Wahlmüdigkeit zu bekämpfen und bei der Wahl ihre vaterländische Pflicht zu tun. Um unseren Einfluß für die Zukunft zu gewährleisten, ist in intensiver Arbeit im Bande alles daranzusetzen, um die konservativen Auffassungen in der DNVP. und in allen anderen nützlichen Gruppen zu besserer Wirkung zu bringen.

Diese Herren, deren Ansprüche seit der Revolution nicht geringer geworden sind, halten jeden deutschen Wahlkreis für ihre ureigenste Domäne. Sie möchten den Deutschen Reichstag beherrschen wie seinerzeit den Dreiklassenlandtag in Preußen. Die Deutschnationalen beherrschen sie trotz ihres Großes ohnehin. Ist doch Herr Windler, den sie schon im Dreiklassenparlament als Wortführer benutzten, recht eigentlich ihr Mann.

## Arbeiterschaft und Steuerreform.

Herab mit den Steuerabzügen!

Die Reichsregierung hat in diesen Tagen auch Steuerermäßigungen versprochen. In Anbetracht dessen ist es besonders wichtig, auf die unhaltbar hohe Besteuerung der Arbeitseinkommen zu verweisen und mit Nachdruck eine Neuverteilung der Lohnsteuerabzüge zu fordern. Im verflochtenen Inflationsjahre haben die Lohnempfänger fast die gesamten Einkommensteuern allein aufbringen müssen. Das zeigt folgende Tabelle sehr klar. Vom Gesamteinkommen der Einkommensteuer entfielen z. B. auf die Lohnsteuer im Jahre 1923:

im Januar	90,0 Proz.	im Juli	82,2 Proz.
Februar	94,2	August	85,2
März	95,2	September	82,2
April	78,7	Oktober	84,1
Mai	88,6	November	91,4
Juni	82,4	Dezember	92,2

Im Jahresdurchschnitt sind von den Lohnempfängern also 82,6 Proz. aller Einkommensteuern aufgebracht worden. Infolge der Festigung der Währung ging in den ersten Monaten des Jahres 1924 der Anteil der Lohnempfänger etwas zurück. Im Januar betrug er 45,3 Proz., im Februar 49,0 Proz. und im März 44,4 Proz. Seitdem ist er aber wieder erheblich gestiegen. Er betrug z. B.

im April 1924	52,8 Proz.	im Juli 1924	66,1 Proz.
Mai	54,2	August 1924	61,2
Juni	83,8	Septbr.	67,0

Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten ist im Laufe dieser letzten sechs Monate gesunken, gleichwohl ist ihre steuerliche Belastung im Verhältnis zu den übrigen Steuerzahlern unausgesezt gestiegen.

Die Sozialdemokratische Partei fordert, daß die Lohnsteuer sofortentscheidend herabgesetzt und dafür das hohe Privateinkommen schärfer besteuert wird. Das Arbeitseinkommen ist, namentlich in kinderreichen Familien, ohnehin durch die hohe Form der Umsatzsteuer und die unterchiedslos erhobenen Mietzinssteuern viel zu stark belastet.

schlossen. Die Direktoren der Orientalischen Abteilungen geben als Grund den „Beamtenmangel“ an, weshalb eben von 3-9 Uhr keine Aufsichtsperson zur Verfügung stände. Hoffentlich läßt sich doch bald die Benutzung auch von 3-9 Uhr ermöglichen. — Für die Benutzung der Handschriften (mit Ausnahme der orientalischen) dient wie bisher der vierte Besold., der Handschriftenlesesaal, über den nichts Neues zu sagen ist.

Wohlwend berichtet, daß Makale in der Reichsliste, im Orientalischen Besold. ufw. das Publikum darauf hinweisen, daß Wünsche und Anregungen gern entgegengenommen werden.

Der Reichspräsident zum Tode Thomas. Der Reichspräsident hat an die Schwester von Hans Thoma folgendes Beileidstelegramm gerichtet: „Ihnen, der Schwester und Pflegerin Hans Thomass, spreche ich beim Hinscheiden des Meisters meine aufrichtige Anteilnahme aus. Mein beidseitiges Heimweh verliert mit Hans Thoma den Meister, der sein innerstes Wesen erlirbt und darstellte hat, ganz Deutschland einen der größten und würdevollsten Verkörperer unseres Volkstums, die Kulturwelt einen der Ersten im Reiche der bildenden Kunst.“

Bühnenerfolg und Theaternot. Die Organisation der Bühnenerleiter hat in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten, in der über den Abbau der Eintrittspreise und der Starpreisen verhandelt wurde. Sie fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Infolgedessen bringen die Zeitungen von Teilnehmern mehr oder weniger ausführliche Berichte. (Nach dem schlechten Vorbild geheimen Kommissionsberichte aus den Parlamenten.) Wir machen dergleichen nicht mit. Hat der Bühnenerleiter Interesse daran, daß die Öffentlichkeit von seinen Beschlüssen erfährt — und ohne Öffentlichkeit wird er sie nicht gut durchführen können —, so mag er sie mitteilen.

Spielplanänderung. In der Volkshalle kommt Sonnabend statt „Don Carlos“ das indische Märchen „Santalasana“ zur Aufführung. Beginn 8 Uhr.

Märchenaufführungen. „Nihilistik des Himmels“, ein Spiel von Max Hummel, gelangt im Rahmen der im Neuen Theater am 3.00. Aufführungen „Märchenstücke“ Sonnabend nachm. 8, Uhr zur Aufführung. Im Central-Theater wird Sonnabend nachmittags 8, Uhr „Der achteifelhige Kaiser“, Dichtung und Musik von Alfred Herrmann, aufgeführt.

Herold Nied in Leipzig. Wo er sich auf einem Gastspiel befand, einem Schlaganfall im Alter von 48 Jahren erlegen. In Aufstellungen und Operetten hat er in Berlin die artige Kunst, die Leute zum Lachen zu bringen, wieder aufgeführt.

Das Marmorhaus geschlossen! Die Eigentümer des Marmorhauses haben in Ausführung des vom Kammergericht gefällten Urteils vom Marmorhaus Besitz ergriffen und sofort die Vorkaufsfrist im R.-G. in die ihr vertinglich zustehenden Rechte eingesetzt. Die Vorkaufsfrist im R.-G. hat nach Uebernahme des Theaters geschlossen und wird es demnach als Uebertragungsgegenstand wieder eröffnet.

Eine neue Oper Siegfried Wagners. Siegfried Wagner ordnet gegenwärtig an einer Oper „Wagner“, die in Spanien im Bergsteigerreich spielt.

Der Naturforscher von Wallewille. Der in Uganda am Ufer des Rongos nach einem weiten Rasthorn für das Berliner Museum forschte, wurde von einem Löwen angegriffen, furchtbar zugerichtet und getötet.

## Reich, Länder und Auslandsanleihen.

Ausarbeitung von Richtlinien.

In der Besprechung der Finanzminister der Länder, die gestern im Reichsfinanzministerium stattfand, wurde nach eingehenden Beratungen ein Ausdruß zur Ausarbeitung von Richtlinien für die Aufnahme von auswärtigen Anleihen durch Länder und Gemeinden gewählt. Der Ausdruß setzt sich zusammen aus Vertretern des Reiches, der Reichsbank von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Homburg, und Bremen. Die Beratungen über die geplanten Steuerermäßigungen werden heute vormittag fortgesetzt werden.

## Ein Jahr Festung für Apelt.

Leipzig, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Urteil gegen Apelt im Reichsgerichtsprozess gegen die „Rote Fahne“ lautet auf ein Jahr Festung und 100 M. Geldstrafe wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Sechs Wochen gelten als durch die Untersuchungsfrist verbüßt. In den übrigen Punkten der Anklage erfolgte Freispruch.

Am Freitagnachmittag ist das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen die beiden Kommunisten Dudding und Heimberg aus Hamm verkündet worden. Beide Angeklagten wurden wegen Vorbereitungen zum Hochverrat in Verbindung mit Vergehen gegen das Republikstrafgesetz zu je zwei Jahren Gefängnis und je 200 Mark Geldstrafe verurteilt. 10 bzw. 8 Monate werden durch die Untersuchungsfrist als verbüßt angerechnet; die Resten des Verfahrens wurden den Angeklagten zu gleichen Teilen auferlegt. Aus der Begründung des Urteils ist zu entnehmen, daß der Staatsgerichtshof im Gegensatz zum Reichsamt nicht zu der Ueberzeugung gelangte, daß der Angeklagte Heimberg Radikalist der Unterabteilung Hannu der RPD. gewesen ist. Als strafmildernd wurde den beiden Angeklagten ihre Jugend und die durch ehrenhafte Bestimmung zugute gehalten; als strafschwerend allerdings ihre wichtige Funktionstellung.

## Prozess Hermann.

Der Aufmarsch der Zeugen.

Weimar, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Freisprechung des Prozesses gegen den früheren thüringischen Innenminister Hermann wurde die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Staatsbankdirektor Grempel bestritt die Behauptung, daß er das Vorkommen des Kommandos Landespolizei-Anschaffung verschwiegen habe. Er habe damals allerdings ausweichend geantwortet, da er zum erstenmal mit der Kriminalpolizei in Verbindung gekommen sei. Polizeileutnant Baehle bestätigte die ordnungsmäßig erfolgte Anwesenheit und Durchführung der angeordneten Waffenbeschlagnahme in Jella-Mehlis; es sei seinerzeit eine Ministerialbesprechung erlangt, die Waffen aus der Beschlagnahme herauszugeben. In Jella-Mehlis hatte das Kommando der Landespolizei damals wiederholt Waffen beschlagnahmt. Auch seien Waffen nach Weimar gekommen, deren Verladung an hellen Tagen erfolgte. Allerdings seien in den Kreisen der Industriellen Bedenken aufgetaucht wegen der Ueberführung der Waffen nach Weimar. In der Zeit des Ausnahmestandes hätten sie sich daher an das Reichswehrkommando nach Stuttgart gewandt und von diesem erreicht, daß die beschlagnahmten Waffen nach Thüringen kamen. Die Rückgabe dieser Waffen sei nach Aufhebung des Ausnahmezustandes im März 1924 erfolgt. Der Zeuge Bahalmes aus Jella-Mehlis betonte, daß nur fertige Waffen aufgegeben worden seien. Die Waffenaufläufe seien in der Zeit geschehen, daß in ihrer Nachlässigkeit kein Zweifel aufkommen konnte. Diese Auffassung bestätigte auch der Zeuge von Reichheim aus Jella-Mehlis. Müller-Brandenburg habe damals den Wunsch geäußert, möglichst viele Waffen zu bekommen. Vorarbeiter Schleichler sagte aus, daß er in Weimar einmal einer Konferenz beigewohnt habe, bei der über die Bildung von Hilfspolizei verhandelt worden sei. In dieser Hilfspolizei sollten auch die bürgerlichen Kreise vertreten sein. Er habe die Auffassung gehabt, daß Müller-Brandenburg über alles unterrichtet war. Ein kleiner Zwischenfall entstand, als der Oberstaatsanwalt den Antrag stellte, einen Industriellen über seine Auffassung über die Waffenabgabe der Regierung zu vernahmen. Die Verteidigung widersprach diesem Antrag, einen politischen Gegner des Angeklagten als Gutachter zu hören; ebenso würde sie die Vernehmung eines Arbeiters aus der Waffenindustrie beantragen. Der Vorsitzende stellte sich auf den Standpunkt der Verteidigung.

In der Nachmittags Sitzung bestätigte eine Reihe weiterer Zeugen, daß die Aufrüstung der Waffen nach Weimar auf dem Chef der Landespolizei Müller-Brandenburg gegeben worden sei. Wegen der Erteilung des Zeugen Kopf, auf dessen Vernehmung der Oberstaatsanwalt nicht verzichten will, wird am Sonnabendvormittag von einer kurzen Sitzung stattfinden. Dann wird Beratung auf Mittwoch beschlossen werden. — Nachmittags war der frühere sächsische Innenminister Genosse Biedermann erschienen, um sich zu den Waffenaufstellungen für Sachsen zu äußern. Da aber die Genehmigung der sächsischen Regierung zur Ausreise schließe und diese nur durch einen Reichsministerbescheid erteilt werden kann, konnte der Zeuge nicht vernommen werden.

## Der Zwischenfall von Ingoistadt.

Die Haltung der französischen Regierung.

Paris, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Die offiziöse Havas-Agentur veröffentlicht eine offensichtlich aus den Kreisen der Alliierten Militärkontrollkommission in Berlin stammende Mitteilung über den Zwischenfall von Ingoistadt. Sie bemüht sich, durch eine ruhige objektive Darstellung der bedauerlichen Vorgänge, der ogilatorischen Aufschaukung, die diese durch die reaktionäre Presse in Frankreich erfahren haben, das Wasser abzugraben. Es wird darin ausdrücklich anerkannt, daß es sich um eine von unverantwortlichen Elementen veranfaßte Kundgebung gehandelt habe und den zuständigen deutschen Stellen nicht der geringste Vorwurf gemacht werden könne. Man habe den Eindruck, daß die deutsche Regierung, die kein Interesse daran habe, die öffentliche Meinung aufzuklären, von dem Zwischenfall nicht minder peinlich berührt sei als die französische Regierung, die sofort alle Maßnahmen angeordnet habe, um die Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Der Zwischenfall sei um so bedauerlicher, als er der erste sei, der sich seit der Wiederaufnahme der Militärkontrolle ereignet habe, die bisher fast ohne Schwierigkeiten habe durchgeführt werden können.

Diese Feststellung der dafür zuständigen Stellen ist insofern erfreulich, als sie den von der nationalföhen Hegepresse in Frankreich systematisch verbreiteten Lügen von der passiven Resistenz der zuständigen deutschen Behörden und den Widerständen aller Art, auf die die Kontrolltätigkeit der alliierten Offiziere gestoßen sei, ein Ende macht. Das offiziöse Kommuniqué warnt ausdrücklich vor der Verbreitung solcher Nachrichten und fordert die Presse auf, den offiziellen Bericht der Kommission über das Ergebnis ihrer Tätigkeit abzuwarten, bevor sie durch übereilte und der tatsächlichen Begründung entbehrende Urteile die öffentliche Meinung beunruhige.

## Die bayerische Regierung bedauert.

München, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Wegen des bedauerlichen Vorfalls in Ingoistadt hat der bayerische Ministerpräsident sich schriftlich das Bedauern der bayerischen Staatsregierung ausgesprochen.

## Jaurès ins Pantheon.

Das Programm der Feier.

Paris, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Für die feierliche Ueberführung der sterblichen Ueberreste Jaurès in das Pantheon ist nunmehr folgendes offizielle Programm festgesetzt worden: Die Ueberführung des Sarges auf dem Friedhof in Ubi findet am 21. November in Anwesenheit des Unterrichtsministers und des Arbeitsministers sowie von Delegierten von Kammer und Senat, des Generalrats und der städtischen Behörden statt. Die Ueberführung zum Bahnhof erfolgt in einem offenen, rot ausgeschlagenen Wagen. Der Sarg selbst wird mit der französischen Fahne bedeckt sein. Auf der Fahrt nach Paris wird der Sarg von den Delegationen der Regierung, des Parlaments und der sonstigen öffentlichen Körperschaften begleitet werden. In Paris selbst wird er zunächst in feierlichem Zuge nach der Deputiertenkammer gebracht werden, wo er vom Morgen des 22. bis zum nächsten Tage in der äußeren Vorhalle aufgebahrt werden wird. Die Ueberführung ins Pantheon erfolgt am Nachmittag des 23. November. Der Trauerzug nimmt seinen Weg über die großen Boulevards und die Rue Montmartre, wo das Restaurant liegt, in dem Jaurès die Regel des Mörders getroffen hat und wo eine kurze Gedächtnisfeier stattfinden soll. Die Trauerrede bei der Beisetzung im Pantheon wird Ministerpräsident Herriot halten.

## Teuerungsdebatte in Paris.

Paris, 7. November. (M.B.) Kammer. In der heutigen Nachmittagsitzung fanden die Interpellationen über die Lebensunterhaltung und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Wohnungsnot und der Preistreibezeit zur Debatte. Als erster Interpellant kritisierte der Abgeordnete Brunst, Deputierter von Paris, die Politik der Regierung Poincaré, die er für die augenblickliche Lebensunterhaltung verantwortlich machte. Das Steuerreformgesetz, das der Nationale Block geschaffen habe, belastete die lebensnotwendigen Artikel, wodurch die unerträgliche Preissteigerung herbeigeführt worden sei. Sie zu bekämpfen, seien energische revolutionäre Maßnahmen notwendig. Das einzige Mittel, das vielleicht wirksam sein könne, sei die Abgabe vom Vermögen, um den notwendigen Ausgleich zu schaffen. Der sozialistische Abgeordnete Constant beantwortete die gleiche Frage und empfahl ähnliche Maßnahmen wie beim Vorkriege. Der rechtsstehende Abgeordnete Lemire stellte alsdann an den Ministerpräsidenten die Frage, warum die Regierung eine neue Anleihe auflege.

Ministerpräsident Herriot erwiderte, die von der jetzigen Regierung geplante Anleihe dürfe in keiner Weise mit den vorangegangenen Anleihen verglichen werden. Nach seiner Ansicht dürfe man dem Lande nichts verheimlichen, man müsse es vielmehr in weitestgehendem Maße über die Finanzlage aufklären, um so mehr, als das einzige Mittel, das zur wirksamen Bekämpfung der Lebensunterhaltung führen könne, die Sanierung der finanziellen Lage durch einen rücksichtslosen Ausgleich des Budgets sei, den man dem Lande zwar oft verprochen, aber niemals durchgeführt habe. (Die Rechte protestierte bei diesen Worten, und zwar so lärmend, daß der Ministerpräsident sich minutenlang kein Gehör verschaffen konnte.)

Ministerpräsident Herriot fuhr dann fort: Er spreche im Interesse des Landes.

Seine Regierung werde nichts preisgeben.

Sie hätte nur zum Ziel, das Land vor finanzieller Anarchie und deren Folgen zu bewahren. Seine Regierung werde auch bestrebt sein, die Hilfe auf die notwendigen Bedarfsartikel zu vergrößern, aber wie könne man von ihr verlangen, daß sie in elenden Wogen die Wirkungen einer überhöhten Inflation bekämpfe. (Der Ministerpräsident wird wiederum von der Rechten für mich unterbrochen.) Der Arm wurde ihm nicht aus der Ruhe bringen und ihn nicht verhindern, seine Meinung offen zum Ausdruck zu bringen. Das letzte Wort habe er.

Defizit von 4 Milliarden

zurückgelassen, die gedeckt werden müssen. Seine Politik bestche darin, das Geld zum Ausgleich von denen zu verlangen, die es besitzen. (Lebhafte Beifall links.)

Der Sozialist Faure ergreift darauf das Wort zur Interpellation über die Lebensunterhaltung, wird aber von dem rechtsstehenden Abgeordneten De Mire unterbrochen, der erklärt, er wolle im Namen seiner Partei dem Ministerpräsidenten antworten. Der Kammerpräsident Poincaré erklärt dies für nicht angehtig. Der Abgeordnete De Mire versucht trotzdem zu sprechen, was die Kommunisten in lärmendem Protest veranlaßt. Der Kammerpräsident ruft dem Abgeordneten De Mire zu, er habe schon zu Beginn der Sitzung darauf aufmerksam gemacht, daß er Uebung vor der Geschäftsordnung verfolge. Er habe schon einmal, ohne ermächtigt zu sein, das Wort ergriffen. Der Abgeordnete versucht seine Handlung zu rechtfertigen, er erklärt, in seiner Fraktion sei man sogar dafür eingetreten, daß man ihn jetzt von der Regierung Herriot aufgesetzte Anleihe unterstehen müsse und zwar im Interesse des ganzen Landes. Sogar der Führer des nationalen Blocks Millerand habe zur Zeichnung aufgerufen.

Der Abgeordnete De Mire, von dem Kammerpräsidenten aufgefordert, die Diskussion nicht weiter fortzuführen, fügt sich, worauf der Zwischenfall als erledigt betrachtet wird. Die Kammer unterbricht ihre Sitzung.

Nach der Wiederaufnahme der Abt. Faure (Soz.) die Begründung seiner Interpellation über die Lebensunterhaltung fort. Auf seine Forderung der Erhöhung der Einkommensteuer erklärte der Ministerpräsident, ehe man an eine Erhöhung denke, müsse erst der Eingang der jetzt bestehenden Steuern verbessert werden, weil sonst die pünktlichen Steuerzahler benachteiligt würden. Abt. Faure erklärt zum Schluß, der Sieg vom 11. Mai werde nur ein positives Ergebnis zeitigen, wenn man die Politik zur Geltung bringe, die man den Wählern versprochen habe. Der rechtsstehende Abgeordnete Bonnesous bringt eine Interpellation ein, in welcher Auskunft von der Regierung hinsichtlich der Schaffung einer Kapitalrentensteuer gefordert wird. Herriot verlangt die Verlegung dieser Interpellation und stellt die Vertrauensfrage. Mit 333 gegen 117 Stimmen wird seinem Antrag gemäß beschloffen.

## Nathusius in Lille.

Paris, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Angelegenheit Nathusius ist bisher keine neue Entscheidung erfolgt. Er befindet sich im Mißtrauensverhältnis von Lille und wird dort entgegen den von den Deutschnationalen verbreiteten Falschmeldungen durchaus korrekt behandelt. Er soll nach einer Mitteilung der hiesigen Blätter sich selbst sehr befriedigt darüber geäußert haben. Der von dem deutschen Botschafter nach Lille entsandte Botschaftsrat hat sofort von der französischen Regierung die Erlaubnis erhalten, sich mit dem General und den zuständigen Gerichtsbehörden direkt in Verbindung zu setzen und den Verhafteten bei der juristischen Vorbereitung der Revisionsoberhandlung zu unterstützen. Die Akten sind ihm von dem zuständigen Kriegsgericht zur Einsicht ausgedehnt worden. Wenn auch die Regierung außerstande ist, zugunsten des Generals in das schwebende Gerichtsverfahren einzugreifen, so hofft man andererseits in den ihr nachstehenden Kreisen, daß der Zwischenfall in Kürze eine befriedigende Beilegung finden wird.

In Südbanien hat sich die Bewegung Dabowitsch, die sich auf Serbisch-Oppositionelle und auf die Minderheitsnationen stützte, nicht lange gehalten. Politisch ist wieder am Ruder.



# Gewerkschaftsbewegung

## Streikbeschluss in der Gasbetriebsgesellschaft.

Die gestrige Urabstimmung der 1955 Köpfe starken Belegschaft der Gasbetriebsgesellschaft hatte folgendes Ergebnis: Von 1725 Abstimmenden stimmten 1607 für Streik und 111 für Annahme. Eine Vertrauensmännerversammlung nahm zu dem Abstimmungsresultat sofort Stellung und beschloß, zunächst das Ergebnis der heute mittag 12 Uhr vor dem Schlichter Biffell stattfindenden Verhandlungen abzuwarten. Die Versammlung war der Auffassung, daß auf keinen Fall unter die für die städtischen Gasbetriebe geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen herabgegangen werden darf. Eine Versammlung am Montagabend wird endgültig entscheiden, ob dem heutigen Verhandlungsergebnis zugestimmt werden kann oder aber der Streikbeschluss sofort durchgeführt werden muß.

## Zum Eisenbahnkonflikt.

Bei Abschluß der Sitzung über die Lohnerhöhung für die Eisenbahnarbeiter erklärten die Vertreter der Reichsbahnverwaltung, Hauptstelle, den Organisationsvertretern, daß sie dem Verwaltungsrat über die zur Sprache gebrachten Dinge berichten würden. Darin lag naturgemäß, daß nach der Berichterstattung die Organisationen von dem Ausgang unterrichtet würden. Bis heute haben jedoch die Organisationen irgendwelchen Bescheid nicht erhalten. Die Stimmung bei einem großen Teil der Eisenbahnarbeiter ist wegen dieses Verhaltens des Reichsverkehrsministeriums bis zur Siedehitze gestiegen, um so mehr, da in der Zwischenzeit auf dem Verwaltungswege von den Bezirken Berlin und Kona einigen Orten die Ortslohnzulage erhöht worden ist, ohne daß die Gewerkschaften hinzugezogen wurden. Es besteht die Gefahr, daß es in den nächsten Tagen zu Teilsaktionen kommt. Am Montag nimmt der Deutsche Eisenbahnerverband endgültig Stellung zu den schwebenden Fragen. Infolgedessen wird er wohl vorher noch einmal die Reichsbahnverwaltung, Hauptstelle, um eine endgültige Antwort ersuchen. Je nachdem, wie nun diese ausfällt, wird es davon abhängen, ob die jetzt bestehende Unruhe in Permanenz fortbestehen wird. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß die Reichsbahnverwaltung bei den immer steigenden Preisen den Mut aufbringen wird, die unterbreitete Lohnforderung wie bisher voll und ganz abzulehnen.

Auch in Köln spielt sich die Situation zu. Eine im Volks- haufe abgehaltene Versammlung formulierte eine Entschliessung, in der eine allgemeine und gleiche Erhöhung der Löhne gefordert wird. Weiter verlangten die Versammelten halt der zehntägigen die Wiedereinführung der siebenstägigen Lohnungsperiode. Sollte es unmöglich sein, zu einem entsprechenden Ergebnis zu kommen, so lehnen die Eisenbahner die sich hieraus ergebenden katastrophalen Folgen ab.

## Neue Verhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Unter dem Vorsitz von Professor Brahn werden heute im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen der Organisationsvertreter geführt zur Beilegung des Konflikts im Deutschen Buchdruckgewerbe.

## Voraussetzliche Einigung im Omnibusbetriebe.

### Das technische Personal für einen Vergleich.

Am Freitag mittag fanden erneut Verhandlungen zwischen der Direktion der Omnibus-A.G. und den Angestellten vor dem Gewerberat Körner statt. Nach sehr ausgedehnten Besprechungen wurde ein Kompromissvorschlag gemacht, der dahingeht, daß die Chauffeure jeht, entsprechend ihrer Dienstzeit, Tagegelde von 6,10 M. bis 6,80 M. erhalten, während die bisherigen Tagegelde 5,55 M. bis 6,20 M. betragen. Die Schaffner sollen Tagegelde von 5,20 M. bis 5,65 M. (bisher 4,80 M. bis 5,15 M.) erhalten. Die Frauen- und Kinderzulage ist auf 27 Pf. Tag festgelegt worden.

Die Angestellten werden heute zu diesem Einigungsvorschlag Stellung zu nehmen. Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß auf dieser Grundlage eine Einigung erfolgt.

Am Bahnstreik des technischen Personals togte gestern das Schiedsgericht. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde folgender Vergleichsvorschlag gemacht: Auf die zurzeit bestehenden Lohnsätze bzw. Tarifsätze erfolgt für das Personal ein Zuschlag von 10 Proz. Die danach sich ergebenden Stundenlöhne sind auf volle Pfennige aufzurunden. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Vereinbarungen. Das Abkommen gilt für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924. Es kann mit 14tägiger Frist gekündigt werden.

Eine Vollversammlung nahm den Bericht des Organisationsvertreters über den Vergleichsvorschlag entgegen. Nach eingehender Diskussion wurde auf Vorschlag des Organisationsvertreters der Vergleichsvorschlag gegen wenige Stimmen angenommen. Die Sätze betragen demnach: Handwerker, Gruppe I: 81 Pf., Gruppe II: 74 Pf., Hilfsarbeiter 68 Pf., Lagerarbeiter 63 Pf., Arbeiter 59 Pf. Dazu Frauen- und Kinderzulage je 3 Pf. — Damit ist der Streikfall mit der Omnibusgesellschaft für das technische Personal erledigt.

## Teilstreik der Tapezierer.

„Das Handwerk geht zugrunde“, schreiben die Unternehmer, sobald die Arbeiter fordern, daß ihre Löhne den erhöhten Lebenshaltungskosten angepaßt werden müssen. Diese Klagen sind aber schon so gewohnheitsmäßig geworden, daß sie auf die Arbeiter um so mehr ihre Wirkung verloren, als sie im Widerspruch mit den Tatsachen stehen. Nicht nur, daß von den bestehenden Firmen keine in Konkurs geriet, sind neue Unternehmer im Tapezierergewerbe in Berlin und seinen Vororten wie Pilze aus der Erde geschossen. Die Geschäftslage ist äußerst günstig und die Gewinne glänzend. Dabei wird heute noch der gleiche Mindestlohn von 75 Pf. gezahlt.

## Sozialdemokratischer Pressedienst.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ (ab 1. November „Sozialdemokratischer Pressedienst“) verlegt am 1. November seine Redaktion von Lindenstraße 3 nach

Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.  
Tel.: Dönhoff 4196-4198. — Telegrammadr.: Sopadienst

wie im Februar 1913. Die Unternehmer behaupten, die Preise seien gegen 1914 um nur 25 Proz. gestiegen, und diese Steigerung könnten die Arbeiter leicht tragen. Seit dem Ablauf des Tarifvertrages am 15. August 1923 haben die Unternehmer noch keine längere Arbeitszeit gefordert, trotz guter Beschäftigung. In schlechter Zeit aber ist eine Verlängerung der Arbeitszeit erst recht nicht einzuführen, umso weniger, als der Tapezierer meist vier Monate im Jahre arbeitslos ist.

Entgegen dem Standpunkt der Unternehmerkommission sind in vielen Betrieben den Arbeitern größere Lohnerhöhungen bewilligt worden, während andere Betriebe sich nach den Beschlüssen der Arbeitgeberorganisationen richten. Wenn von einem allgemeinen Streik abgesehen wurde, so nur mit Rücksicht auf die allgemeine Situation. Schließlich reißt aber den Arbeitern doch die Beibehaltung von Montag bis Freitag haben die Tapezierer in folgenden Betrieben die Arbeit eingestellt:

M. Dittmar, Kollmannstr. 6, und Postwertstoff, Cabinerstraße 20. Guttman, Sämlingstraße 16. Fischer und Wedell, Spandauer Straße 38. Worbs, Auguststraße 63. Jeschke, Große Frankfurter Straße 137, Baerminkel, Dresdener Straße 131. Kollwitz, Königsberger Straße 26. Karl Barth, Alexandrinenstraße 97.

Ueber diese Betriebe ist die Sperre verhängt. Kollegen, übt Solidarität! Arbeit darf in diesen Betrieben nicht angenommen werden. Da außerdem weitere Streiks zu erwarten sind, bitten wir bei Arbeitsangeboten erst Erkundigungen im Bureau einzuziehen.

Für alle Streikenden heute, mittags 12 Uhr, Versammlung im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstraße 44. Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilerverband, Ortsverwaltung Berlin.

## Schiedspruch für das Töpfergewerbe.

Im Lohnstreit der Töpfer wurde vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt. Die Lohnkommission der Töpfer betonte, daß der geforderte Stundenlohn von 1,50 M. bei den unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen der Dienstler durchaus angemessen sei. Die Töpfermeister konnten sich bei ihrem „Verantwortungsgefühl der deutschen Wirtschaft gegenüber“ nicht entschließen, die Forderung zu bewilligen. Nach einer kaum zehn Minuten dauernden Beratung des Schlichtungsausschusses fällt der Vorsitzende gegen die Stimmen aller Beiläger folgenden Spruch:

Der Lohn beträgt ab 1. November 1,20 M. pro Stunde. Die Affordberechnung erfolgt auf der Basis von 110 Proz. der Friedenssätze. Als Handwerksrentenabfindung sollen 2 1/2 Proz. gezahlt werden. Die Geltungsdauer geht bis zum 24. Februar 1925.

Trotz seiner Unzulänglichkeit wurde der Schiedspruch in einer Versammlung gegen eine starke Minderheit angenommen.

## Das Obermeisterpech der Tischlerinnung.

### Herr Baeth als Beklagter und Kläger.

Die Berliner Tischlerinnung scheint in der Auswahl ihrer Obermeister keine glückliche Hand zu haben. Nicht als ob ihre Obermeister nicht gestimmungstüchtig seien. Daran hat's wohl noch nie gefehlt. Aber sonst scheint die Sache nicht recht zu klappen. Der gegenwärtige erste Obermeister der Innung ist der deutschnationale Stadtverordnete und Reichstagskandidat Baeth. Er soll bei einem Wortwechsel mit seinem Stellvertreter, dem zweiten Obermeister Borsdorf, diesem sein Mißfallen in der Weise bekundet haben, daß er zweimal verächtlich vor ihm ausspuckte. Das muß sich nun ein zweiter Ober vom ersten Ober nicht gefallen lassen, so daß sich Obermeister Baeth wegen Beleidigung des Obermeisters Borsdorf in der nächsten Woche vor Gericht zu verantworten hat. Baeth hat jedoch Genesung angestrengt, weil Borsdorf folgende Behauptung aufgestellt habe:

Baeth habe die für die notleidende Ruhrbevölkerung gesammelten und am 5. Mai 1923 an ihn abgelieferten Spenden der Innungsmitglieder („Wer schnell gibt, gibt doppelt!“) im damaligen Betrage von etwa 800 Goldmark erst Ende September 1923 abgeliefert.

als diese Spenden infolge der fortschreitenden Geldentwertung nur noch einen Wert von etwa 15 Goldpfennigen repräsentiert hätten. Diese Gelder waren von der Innung durch deren zweiten Obermeister an Baeth als den Vorsitzenden des Spitzensverbandes, nämlich der Vereinigten Verbände Berliner Holzindustrieller, abgeliefert worden. Zu dieser Angelegenheit liegt nun eine eidesstattliche Erklärung des Syndikus der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“ vor, in der dem genannten Spitzensverband vorgeworfen wird, daß er die für die Ruhrhilfe gesammelten Gelder zunächst für Zweckzwecke verwendet und dann erst nach beinahe fünf Monaten völlig entwertet an die zuständigen Sammelstellen abgeliefert habe. Die „Freie Vereinigung“ ist wegen dieser Angelegenheit und anderer Zwistigkeiten aus dem Spitzensverband ausgeschlossen.

Die Angelegenheit hat aber eine nicht geringe Bedeutung für die Holzarbeiter. In der erwähnten eidesstattlichen Versicherung des Syndikus Hoerlein wird behauptet, daß Herr Baeth bei Beginn der Reichsmantelarisverhandlungen die Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes zu hinterziehen wolle durch Bestreitung der Aktivlegitimation. In einem Schreiben an eine Anzahl Innungen habe er dann Baeth so hingestellt, als ob die Arbeitgeberkommission (Arbeitgeberverband), der Baeth selbst angehörte, mit dem Holzarbeiterverband „nach einer bestimmten Richtung hand in hand“ arbeite, in den verschiedensten Fragen widerstandslos sei und daß größte Gefahr drohe, wenn ihm (Baeth) nicht gewisse Vollmachten gegeben würden. Baeth sei daraufhin aus der Verhandlungskommission ausgeschlossen und die B.B.H. ersucht worden, einen anderen Vertreter zu ernennen.

Sein Verhalten während der Beratungen des Reichsmantelaris und sein Zusammenwirken mit dem Holzarbeiterverband (?) wurde nach Erklärungen der Arbeiterführer in Weimar am 8. März von dem Vertreter der württembergischen Holzindustriellen unter Zustimmung der übrigen Delegierten als „bodenlose Gemeinheit“ bezeichnet.

Einer der wichtigsten Gründe, weshalb die „Freie Vereinigung“ aus dem B.B.H. ausgetreten ist, war — nach der eidesstattlichen Erklärung, „daß die Freie Vereinigung wegen der organisatorischen und kaufmännischen Unfähigkeit und Strupellosigkeit des Vorsitzenden der B.B.H. (eben des Herrn Baeth) in finanzieller und organisatorischer Hinsicht in schwerster Gefahr gebracht wurde“.

Herr Baeth wird als ein Mensch bezeichnet, der zu den Personen und Dingen seiner Umgebung nie in ein richtiges Verhältnis kommen kann.

Durch seine Widerklage hat Herr Baeth hoffentlich die Möglichkeit gewonnen, über diese Dinge durch lückenlose Beweisführung Klarheit zu schaffen. Insbesondere die Organisation der Holzarbeiter hat ein wesentliches Interesse daran, genau zu wissen, mit wem sie es zu tun hat.

## Achtung, Buchdrucker!

Die Herstellung von Montag-Zeitungen hat, gemäß der Verordnung des Polizeipräsidenten vom 18. März d. J., nach § 1 zu erfolgen, derselbe lautet:

„In Zeitungsdruckereien, in denen regelmäßig eine Sonntag- und Festtag-Abendausgabe oder eine Montag- und Nachmittags-Morgenausgabe hergestellt wird, darf der Betrieb an den Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme des ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfestertages, bereits um 7 1/2 Uhr abends in dem Umfange wieder aufgenommen werden, wie er zur Herstellung dieser Abend- oder Morgenausgabe notwendig ist. Den Betriebsbeamten und Arbeitern muß in diesen Anstalten an je drei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen eine ununterbrochene Ruhezeit gewährt werden, die mindestens zu betragen hat: am ersten Sonn- oder Festtag 18, am zweiten 24, und am dritten 34 Stunden. Am Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest muß die ununterbrochene Ruhezeit der Betriebsbeamten und Arbeiter mindestens 48 Stunden betragen.“

Kein Kollege darf also vor 7 1/2 Uhr abends anfangen!

## Musikinstrumentenarbeiter!

Die Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erfolgt am Montag, den 10. November, von 4 bis 6 Uhr in nachfolgenden Lokalen:

I. Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147; II. Wittschuh, Petersburger Str. 5; III. Wigder, Klummeistr. 34; IV. Raim, Wildenbrucherstr. 68, Ede Harzer Str.; V. Schulz, Kleinstr. 65; VI. Spieler, Raugarder Straße, Ede Carmen-Sylva-Straße.

Stimmberechtigt sind nur die Mitglieder der freien Gewerkschaften, die mit den Beiträgen nicht mehr als 3 Wochen rückständig sind. Mitgliedsbuch muß vorgelegt werden.

Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Buchdrucker! Am Montag, den 10. November, abends 7 Uhr, finden Bezirksversammlungen statt.

Achtung, Zimmerer! Am Sonnabend und Sonntag, den 8. und 9. November, in allen Bezirken Versammlungen. Die Bezirke 13/20 (bei Ruffen) und 28 halten am Montag, den 10. November, ihre Bezirksversammlungen ab. Beacht der Mitglieder der Tagesordnung werden alle Kameraden ersucht, die Bezirksversammlungen zu besuchen.

Zentralverband der Zimmerer, Köhlische Berlin u. Um.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Glosse und Sonett: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Gluck; Amtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 1, Hierum 2 Billaen.

# Sie können lange suchen . . .

ehe Sie diese Vereinigung von Preis und Qualität wiederfinden

Einige Beispiele:

Damen-Halbschuh, beste Paßform mit modernen Absätzen . . . . .	5 <sup>90</sup>
Damen-Halbschuh, la Roschevreau, eleganter Strahenschuh . . . . .	6 <sup>90</sup>
Original-Goodyear-Welt Damen-Halbschuh, neueste Modenschöpfung, unter Friedenspreis	8 <sup>90</sup>
Herren-Schnürstiefel, 1a Rindbox, strapazierfest, bewährter Strahenstiefel . . . . .	9 <sup>80</sup>
Original-Goodyear-Welt Damen-Schnürstiefel, echt Boxkalt . . . . . Friedenspreis	12 <sup>50</sup>
Original-Goodyear-Welt Herren-Schnürstiefel, eleganter Strahenstiefel . Friedenspreis	12 <sup>50</sup>

**Lomax Tacke & Cie A.G. BurgbM**

113 eigene Verkaufsstellen, davon in Groß-Berlin:

- |                          |                        |                        |                         |                      |                           |                          |
|--------------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|----------------------|---------------------------|--------------------------|
| SW, Friedrichstr. 240/41 | NW, Bismarckstr. 29    | N, Brunnenstraße 37    | N, Müllerstraße 3       | SO, Oranienstraße 2a | C, Rosenthaler Straße 14  | Neukölln, Bergstr. 30/31 |
| W, Rotsdamer Straße 50   | NW, Turmstraße 41      | N, Danziger Straße 3   | O, Andreasstraße 50     | SO, Wrangelstraße 49 | Charlottenbur             | Potsdam                  |
| W, Schillstraße 16       | NW, Wilsnacker Str. 22 | N, Friedrichstraße 130 | O, Frankfurter Allee 22 | C, Spateimarkt 15    | Wilmersdorfer Str. 122/23 | Brandenburger Str 54     |



# Wie märkische Kleinstädte aussehen.

## Fürstenberg und Stift Neuzelle.

Wenn man jemand fragt, ob er Fürstenberg kenne, so wird er schmunzelnd bejahen: natürlich, dort oben an der mecklenburgischen Grenze, prächtige Umgebung... Aber so neidlos wie den anderen Staaten und Provinzen ihre Schönheiten lassen, so können wir Märker doch auch mit einem Fürstenberg aufwarten, das zu besuchen durchaus lohnt, da es selbst mancherlei Bemerkenswertes bietet und durch das nahe ehemalige Kloster Neuzelle Freude an Schönen der Kunst spendet. Unser Fürstenberg liegt an der Oder, unterhalb Frankfurt a. d. O., ist auch Schnellzugstation, mit dem Bummelzug natürlich erst nach einigen Stunden erreichbar. Immerhin für Frühauströher eine Tagespartie und mit erschweringlichen Kosten zu bestreiten.

### Eine Kleinstadt, die sich auswächst.

Während manche der märkischen Kleinstädte ein idyllisches Dasein führen (vielleicht auch bewußt führen wollen), hat Fürstenberg dem Zuge der Zeit nicht gewehrt und durch seine Lage an der Oder und dem Sprez-Oder-Kanal auch Anspruch auf lebhaften Verkehr. Kommt man mit der Bahn von Frankfurt a. d. O., so überschreitet man zunächst den alten Kanal (etwa in der Gegend, wo der Beobler und der Subener Kreis sich berühren), und trifft am Ausgang der Stadt den „neuen“ Kanal, der 1890 fertiggestellt wurde. (Der alte Kanal wurde 1662—1668 erbaut.) Interessant ist diese ganze durchfahrene Strecke, weil man sie für das alte Bett der Oder hält, die bis zu ihrem Durchbruch nach Norden westwärts floß. Es wird jetzt zur Abführung des Kanalwasserweges und zur Vereinfachung des Durchschleusens ein Durchschleuskanal bei Fürstenberg gebaut, der in einigen Jahren fertig sein wird. Gleich am Bahnhof bemerkt man zwei Glasfabriken, auch sonst ist industrielle Tätigkeit sichtbar, und man spricht von weiteren Projekten auf diesem Gebiet. Daß der Stinnes-Konzern 500 Morgen Land erworben haben soll, wird erzählt, aber nicht überall geglaubt. Jedenfalls wird der projektierte Hafen auch zur schnellen Entwicklung aller Verhältnisse beitragen. Am Bahnhof hat auch der Landbund seine Niederlassung, aber wo Industrie und Handel gedeihen, ist für reaktionäre Bestrebungen ein schlechter Nährboden.

### Das Stadtbild.

Von dem Bahnhof zieht sich eine längere von meist kleinen Häusern flankierte Straße zum Stadtkern; geradeaus gelangt man zur einfachen, aber gut erhaltenen Stadtkirche, einem gotischen Ziegelbau, dessen Turm nicht vollendet werden konnte und daher mit einem Kegel bedeckt ist, um den zahlreichen Raben nisten. Die Sage der Kirche auf dem etwa um 15 Meter aufliegenden Ufer des neuen Kanals ist recht merkwürdig, namentlich von der Kanalbrücke oder gar von der Oberbrücke aus gesehen. Eine lebhaft beschäftigte Straße führt zum weiten Markt, auf dem das zweigeschossige Rathaus mit stattlichem Frontgiebel sich befindet. Hinter ihm als Annex in gleicher Ausrichtung das Feuerwehrtor. Die Häuser am Markte weisen wenig Charakteristisches auf; der ganze Stadtkern betont sehr das Rühlisch-Einfache und läßt nicht ahnen, daß schon Kaiser Karl IV., der die Stadt vom Kloster Neuzelle kaufte, hier gegen Ende des 14. Jahrhunderts einen Handelsplatz machen wollte, um Frankfurt an der Oder lahmzulegen. Nun, die Neuzelle wird beiden Städten die nötige Ellenbogenfreiheit gewähren: Friede ernährt, Unfriede verdirbt. Vom Markt oder vom Kirchplatz führen steil abwärtsige Wege zum Ufer, dessen Bezeichnung als Bollwerk den maritimen Charakter darlert. Ja, hier weht „Seelust“, von Stettin her, und bis nach Breslau reichend. Die Oder ist denn doch ein anderer Fluß

als unsere zahme Spree, und ein Schlepper mit sechs, sieben und mehr breiten Obockfahnen, der stromaufwärts furcht, bietet schon ein imponantes Bild. Im Kanal liegt eine stattliche Zahl dieser Schlepper, sowie Frachtdampfer, auf der Uferstraße herrscht lebhaftes Treiben, ein neues Gebäude der Dampfergenossenschaft ist vollendet, und in den anderen Häusern wird für die praktischen Bedürfnisse des Binnenschiffers durch Schiffsausrüstungsgegenstände gesorgt. Auch in den Wirtschaften zeigt nicht allein die Nachfrage nach dem Alkohol, sondern auch das Vorhandensein der Wasserstandstabelle, daß Schiffsahrt hier zu Hause ist. Einer Eigentümlichkeit sei noch gedacht: in Fürstenberg gibt es einen Denkmalshof, aber kein Denkmal darauf. Dieses — die bekannte Kriegerdenkmalsfigur

Schlakens Katholiken sind. Man muß, um einen Vergleich für diese sich hier einbauende Kirchenpracht zu finden, sich der großen eheinischen und süddeutschen Kirchen erinnern, an deren Ausschmückung Jahrhunderte gearbeitet haben. Jedenfalls ist in dem nüchternen norddeutschen Gebiete ein solcher Kirchenbau etwas Ungewöhnliches. Das alte Kloster war eine Stütze des Markgrafen von Meißen (1268) für die Zisterzienser. Sein Reichum war groß; Fürstenberg und 40 Dörfer gehörten ihm. In den Hussitenkämpfen und im Dreißigjährigen Kriege wurde es vernichtet; danach erstand die Klosterkirche im Spätrenaissancestil. Charakteristisch ist, daß die Kirche nicht (wie sonst in katholischen Ländern) geöffnet ist; ihr Inneres ist nur gegen Erhebung einer Eintrittskarte zu besichtigen.

Beht man schräg über den Klosterhof, so gelangt man zu der jetzt von den Protestanten benutzten Pfarrkirche zum heiligen Kreuz, auf deren Biering eine Kuppel gesetzt wurde. Auch in ihr sind Fresken, ein schöner Altar und Stuckornamente zu sehen. Die oberen Teile der beiden Türme stammen aus neuerer Zeit.



Neuzelle mit alter Klosterkirche.

— ist im Sommer 1918 dem Vaterland geopfert worden und man hat noch keinen Ersatz gefunden. Der Sockel trägt auf der dem Rathaus zugewandten Seite eine Tafel mit den Worten: Den Söhnen des Kirchspiels Fürstenberg a. d. O., die für das Vaterland starben. Angesichts so vieler mißlungener Schöpfungen zur Ehrung aller Kriegsoffer drückt diese Inschrift und somit der Denkmalssockel das Richtige aus: den Dank für den Heldentod. Das an der Straßenfront des Rathauses befindliche Eisene Kreuz mit den eingeschlagenen Nägeln: Krone, W und Jahreszahl, hat eher Anspruch darauf, entfernt zu werden.

### Stift Neuzelle.

Wer Fürstenberg besucht, wird sich auch nach dem nahe Stift Neuzelle begeben, mit der Bahn in wenigen Minuten, von der Station dann noch ein Viertelstündchen auf ansteigender, guter Straße, die in das große Dorf Schlaben hineinführt. Plötzlich steht man vor einem verfallenen Klosterreicht und tritt nach wenigen Schritten durch ein stattliches Portal in den weiten Klosterhof. Zur Linken und zur Rechten sich weit hinziehend alte Gebäude, die jetzt Schulwecken dienstbar gemacht sind und u. a. ein Lehrerinnen-Seminar enthalten, das allerdings auch wohl bald sich auflösen wird. Vor uns erhebt sich nun die prächtige Klosterkirche, noch heute dem katholischen Gottesdienste geweiht, da die größere Zahl der Bewohner

Der landschaftliche Reiz der ganzen Anlage ist durch den hügeligen Charakter des zur Linken der Oder sich hinziehenden Geländes gegeben; nicht nur die Kirchen, auch die Naturformation muß süddeutsch an. Mit jenem trefflicheren Blick, den die Rönche stets bewiesen haben, wenn es galt, Orte für ihre Niederlassungen zu wählen, ist auch Neuzelle seinerzeit erbaut worden. Das große Dorf Schlaben hat diesen Reiz nicht zerstört, die Häuser fügen sich gut in die Landschaft ein. Aber wo einst mändliches Leben sich abspielte, herrscht heute moderne Kultur, und die Wohnzüge, die unten im Tal vorüberdonnern, geben die neue Melodie an. Frische Jugend wächst heran, in der Ueberwindung technischer Schwierigkeiten ihre Herrschaft über die Natur dokumentierend. Gerade Fürstenberg, diese kleine Stadt, zeigt, was zielbewusstes Streben hervorzubringen vermag. Der friedliche Wettstreit auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs schafft die Möglichkeit, mehr Menschen als bisher Existenz zu gewähren.

Auf dem Rückwege vom Stift zur Station machen wir noch einmal Halt. Weithin schweift der Blick über das breite Obergebiet, bis er an Fürstenberg haftet: hier die Stille der Vergangenheit, dort das pulsierende Leben der Gegenwart und Zukunft, das allein des Menschen Dasein ideell und materiell zu verschönern imstande ist!

### Das Flaggenlied in der Elternversammlung.

Aus der Berliner Luisenstädtischen Oberrealschule wird uns ein Vorkommnis mitgeteilt, das wir der Schulaufsichtsbehörde zur Beachtung empfehlen. Vor einigen Tagen fand dort in der Aula eine Elternversammlung statt, an der auf besonders dringende Einladung des Schulleiters fast die gesamte Elternschaft sich beteiligte. Ihr konnte der Oberstudienrat Dr. Grundscheid die freundliche Mitteilung machen, daß ein Gönner der Anstalt ein großes Modell eines Handelschiffes zu Unterrichtszwecken geschenkt habe. Nach der Enthüllung dieses Schiffmodells sang die Versammlung, vom Direktor dazu aufgefordert, stehend zwei Verse des Flaggenliedes mit dem Refrain: „Dir wollen wir stets ergeben sein, getreu bis in den Tod, die wollen wir unser Leben weihen, du Flanze schwarz-weiß-rot.“ Wer das mißbilligt, den würde der Herr Oberstudienrat wahrscheinlich belehren, daß doch unsere Handelsflagge nun einmal schwarz-weiß-rot ist. Die keine schwarz-rot-goldene Gösch ändert daran doch nicht viel. Daß aber gerade dieses Lied das Kampe-

welches er nur ein einziges Mal, am Vorabend einer Schlacht, zu Bertram erwähnt hatte.

„Als ich herausfand, daß meine Frau mich in den Schmutz der Lüge herabzog, in den Schlamm geistiger Impotenz und des Mitleids mit sich selbst, da verlieh ich sie — mit meinem Segen. Es war schwer, denn ich hatte sie geliebt!“

„Schwerer noch für die Frau,“ sagte Bertram.

„Zuerst,“ gab Christy zu. „Nachher war sie froh darüber. Wir hatten uns fünf Jahre hindurch vor dem Kriege, unaufhörlich aneinander zermürbt; das erleichterte ihr das Auseinandergehen. Es tat ihr leid, daß ich nicht gefallen war. Für sie war's auch besser gewesen, vielleicht auch für mich. Nach dem Waffenstillstand wurde das gemeinsame Leben unerträglich. Sie hatte sich verändert — und ich auch. Wir kamen auseinander. Sie hatte meine sozialistischen Tendenzen, ich ihre verdamnte kleinstädtische Philosophie. Sie begreifen, sie hatte unter ihrem Stand geheiratet, eine Pastorstochter und ich! Man denke!“

Bertram war eine Zeilang still. Sollte Christys Geschichte sich bei ihm wiederholen? Auch Joyce hatte „unter ihrem Stande“ geheiratet, eine Grafentochter den Sohn eines Advokaten.

„Christy, mein Alter,“ sagte er endlich. „Ich glaube an die Treue. Mit dem Glauben stehe und falle ich. Treue für das Vaterland, für seine Frau, für seinen Ehrbegriff. Ohne das ist das Leben für mich nicht wert, gelebt zu werden.“

Einige Minuten machte Christy schweigend seine Beife. Dann gab er zu: „Ja Treue ist schon etwas Gutes, aber Treue dem Erhabenen, nicht dem Niedrigsten gegenüber. Treue für Lügen ist Untreue für die Wahrheit. Das ist eine der kleinen Ironien des Lebens. Manchmal verdammt schwer zu ertragen!“

Das Gespräch wurde von Janet Welford unterbrochen, welche Christy zu besuchen kam. Sie liebte ihn.

14.

Diese Dame, Janet — Janet Rodingham Welford, wie ihr ganzer Name auf der ersten Seite mancher Romane und unter den Spalten der „Neuen Welt“ zu lesen stand — war eine alte Bekannte Bertrams. Das heißt, sie selbst war nicht alt, noch Anfang der Dreißig, aber sie hatten schon im Kindergarten miteinander gespielt und Märchen zusammen gelesen, und Jahre später hatten sie sich auf Gesellschaften getroffen in jenen wundervollen, fernen Tagen vor dem Kriege — war das tausend Jahre her oder in einem anderen Leben gewesen? Danach waren sie einander nicht mehr begegnet, bis sie sich eines Abends, überraschend für beide, in Christys Wohnung getroffen hatten. (Fortsetzung folgt.)

## Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

„Wir müssen den Trieb zur Grausamkeit im menschlichen Gehirn erlöten,“ sagte Bernhard Hall, der Verleger der „Neuen Welt“, mit flammenden Augen. „Wir müssen aufhören, unseren Kindern das alte Höhlenmenschentum von den Helden einzuprägen, die Menschen und Tiere hegen. Wir müssen es als öffentliche Schande an den Pranger stellen, wenn Frauen die Federn von eigens dazu geöteten Vögeln am Hut tragen.“

Dieser fanatische Haß gegen Grausamkeit jeder Art ließ diese Männer den Friedensvertrag bekämpfen. Er lag allen ihren Ansichten zugrunde, dem Problem in Indien, Irland, Ägypten, der Fegerfrage in den Vereinigten Staaten, dem Problem der Arbeitslosen in England, den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, ja sogar der Scheidungsfrage.

Wie schwer war doch alles! Bertrams alter Seufzer. Mit Joyce wurde es noch viel schwerer, wenn er sich entschieden auf Seite dieser Männer stellte, die ihn, wie er fühlte, allmählich bekehrten und zu sich herüberzogen.

„Sie sollten sich uns anschließen,“ sagte ein Mitglied der Arbeiterpartei. „Wir brauchen die intellektuelle Jugend.“

„Ja, warum schreiben Sie nicht einmal für die „Neue Welt“? fragte Bernhard Hall. „Sie haben das Talent, das rechte Wort zu finden.“

Bertram fühlte sein Herz mächtig klopfen, als ihm der große Verleger und wäherliche Kritiker diese Worte sagte.

„Einen realistischen Roman über den Krieg,“ sagte ein anderer. „Niemand in England hat es Barbuste gleichgetan. Sie könnten das, Pollard! Ihnen hat sich dieser Gegenstand tief eingebrannt. Geben Sie's ihnen tüchtig, den alten Perücken. Legen Sie das Herz Englands hinein.“

Bertram blickte hastig zu Christy hinüber. Er hatte ihm das Wort abgenommen, sein Buch geheim zu halten, und Christy hatte Wort gehalten, das wußte er.

„Pollard wird uns noch alle eines Tages überraschen,“ sagte Christy, fügte aber sofort mit sarkastischem Lächeln hinzu: „aber wir dürfen seine aristokratischen Konnexionen nicht vergessen! Es ist schwer, mit seiner eigenen Kaste zu brechen.“

„Das gehört zu den Trümmern des Krieges,“ sagte Henry Carvell. „Ich bin froh über diese Zertrümmerung. Denkt doch an den Kastengeist des Englands von 1913! Gott sei Dank ist auch diese Erbschaft der Dummheit in die Luft gesprengt.“

Christy war nicht so sicher, daß diese Vorurteile in die Luft gesprengt waren. In der Kriegszeit hatte allerdings eine Vermischung stattgefunden. Aristokratinnen waren Milchmädchen, Krankenpflegerinnen und Marktelenderinnen geworden. Männer mit höherer Gymnasialbildung waren als gemeine Soldaten eingetreten. Aber jetzt fand die Trennung wieder statt. Jeder zog sich auf seinen früheren Standpunkt zurück.

Bertram mußte Christy Recht geben. Er dachte an Kenneth, General Bellasis und viele andere. Er war froh, wenn die anderen weg waren, und er mit diesen alten Kameraden zu einer intimen Aussprache allein blieb.

Christy war von einfacherem Stoff. Von tödlicher Unbeirrtheit in seiner Beurteilung der Tatsachen. Seine absolute Aufrichtigkeit und sein harter Realismus zogen Bertram mächtig an. Christy lag sich auch selbst nichts vor, er sagte sich und anderen schonungslos die Wahrheit, wie er sie sah. Er hatte auch Bertram dazu gebracht, klar in sich selbst zu sehen.

„Sie sind nach zwei Seiten hin- und hergezogen, mein Lieber,“ sagte er ihm eines Abends, als sie beide vor dem Kaminfeuer saßen. „Zwei entgegengesetzte Ideale bekämpfen sich in Ihrer Brust. Bon Tradition sind Sie ein Konservativer und versuchen, mit dem Liberalismus eine Art von Bündnis einzugehen. Sie stehen mit einem Fuß in jedem Lager.“

„Ein Jekyll und Hyde in einer Person also, wie in Stevensons Roman?“ lachte Bertram, aber dieser Schwertstoß hatte seine Rüstung durchschnitten und ihn ins Lebendige getroffen.

„Ja, ein Hamlet in Holland Street,“ sagte Christy. „Sie möchten auch Ihren alten Oheim, die Tory-Tradition, erschlagen, aber Sie können es nicht über sich gewinnen, ihn „beim Beten“ zu ermorden. Sie stehen noch unter der Herrschaft der Kaste.“

„Es ist nicht meine Kaste, sondern die meiner Frau.“

„Stimmt,“ sagte Christy, „und aus Ritterlichkeit verleugnen Sie das Licht, das in Ihnen leuchtet — die starke, weiße Flamme der Wahrheit.“ Und er zitierte die heilige Schrift, wie er es öfters tat: „So jemand zu mir kommt und hasset nicht seinen Vater, Mutter, Weib, Kinder, Brüder, Schweitern: der kann nicht mein Jünger sein. Und wer nicht sein Kreuz trägt und mir nachfolget, der kann nicht mein Jünger sein.“

„Eine harte Lehre, wenn die Auslegung hart ist,“ sagte Bertram. „Sie kann zuweilen zu der Grausamkeit führen, welche Ihre Freunde so glühend hassen.“

„Um der Ehrlichkeit willen muß man auch hart sein.“ Und Christy sprach von dem Geheimsten in seinem Leben,



und Farbenlieb der schwarzweihroten kaiserlichen Kriegsschiffe gewesen ist, darüber macht man sich wohl in der Kaiserlich-königlichen Oberrealschule keine Gedanken. Die Anstalt wird zurzeit von annähernd 900 Schülern besucht, deren Eltern zum großen Teil — die Schule liegt im Osten der Stadt — werksmäßigen und republikanisch denkenden Bevölkerung angehören. Daher war denn auch die Beteiligung an dem Gessung in erfreulich dünne. Was aber sagt der Minister zu diesem Mißbrauch?

### Ein neuer Prozeß zum § 218.

#### Wieder schwere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Die Empörung über die Härte des § 218 des StGB. ist im Volk allgemein. Dennoch reißt sich Prozeß an Prozeß und der bewußten Opfer, die nach den ausgedehnten Körperlichen und seelischen Qualen auch noch zu Gefängnis verurteilt werden, werden immer mehr. Mit einem Seitenstück zu dem Heiser-Prozeß beschäftigte sich gestern das Große Schöffengericht Neukölln unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Böning.

Die Hauptangeklagte war die frühere Hebamme und jetzige Portierfrau Martha Schmidt. Im November 1922 war im Städtischen Krankenhaus in der Ostschloßer Straße eine Frau unter schweren Umständen verstorben, die auf einen verbotenen Eingriff schließen ließen. Die Ermittlungen ergaben, daß die Verstorbene bei Frau Schmidt in „Behandlung“ gewesen war. Bei einer Hausdurchsuchung fand man bei Frau Schmidt eine umfangreiche Korrespondenz und ein sorgfältig geführtes Logebuch mit den genauen Adressen von über 200 Frauen und Mädchen. Eine Gruppe dieser Frauen war mitangeklagt. Frau Schmidt legte ein umfassendes Geständnis ab. Ihre Tätigkeit war in Frau Schmidt so bekannt, daß nicht nur aus Berlin, sondern aus dem ganzen Reich ihre Hilfe in Anspruch genommen wurde. Die Frauen und Mädchen, die allen Ständen angehörten, hätten sie unter Tränen um Hilfe gebittet. Die Verteidigung hielt einen Beweis für eine schuldige Lösung nicht für abbracht und das Gericht sprach auch Frau Schmidt in diesem Punkt der Anklage frei, dagegen wurde sie wegen gewerksmäßiger Abtreibung in zwei Fällen und des Betrugs in sieben Fällen zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von zehn Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Die mitangeklagten Frauen erhielten Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis sechs Monaten mit dreijähriger Bewährungsfrist.

### Die Reinigungsarbeiten am Schiller-Denkmal.

Die Baudeputation Mitte teilt zu den Meldungen über die Arbeiten am Schiller-Denkmal folgenden mit: Es handelt sich lediglich um Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten. deren Ausmaß durch den Umfang der Verwitterungs- und Zerschütterungserscheinungen bestimmt ist, und die den Zweck haben, die verteilte Jugendarbeit von Beginn der Stadt zu erhalten. Da seit zehn Jahren aus Mangel an Mitteln nichts für die Erhaltung getan werden konnte, war die Oberfläche des Denkmals so stark verwittert, verstaubt und von vielen Rissen durchsetzt, daß dieser Zustand kaum als erträgliche Patinierung angesehen werden konnte. Auch der preussische Kunsthistoriker, dem die Arbeiten vorgesetzt wurden, hat die Notwendigkeit zur Beseitigung der Schmutzkruste anerkannt, damit der Boden für eine neue gute Patinierung geschaffen werden konnte. Jetzt kommt es darauf an, die Risse zu dichten, die damit verbundene Nacharbeit vorzunehmen und die verwitterte Oberflächenschicht zu entfernen, damit der glatte, widerstandsfähige Porphyr wieder zutage tritt. Dann ist die Sicherheit gegeben, daß das Denkmal bei sorgfältiger Pflege und sorgfältiger jährlicher Reinigung durch Abwaschen mit unechtschädlichen Flüssigkeiten in seinem Harmoniecharakter erhalten werden kann. Die Arbeiten werden von Fachleuten einer Firma ausgeführt, die wiederholt von Beginn für keine Arbeiten herangezogen wurde und stehen unter der künstlerischen Leitung eines bewährten leitenden Bildhauers. Dabei kann von einer Gefährdung der Oberflächenschicht, soweit diese überhaupt noch bei der eingetretenen Verwitterung erkennbar war, oder gar von einer Verschädigung der Details gar nicht die Rede sein. Gerade bei der Behandlung der Details wird mit ganz besonderer Sorgfalt vorgegangen und das noch vorhandene Modell zu Rate gezogen.

### Ein polizeiliches Verhör, wie es nicht sein soll.

Mit schweren Verfehlungen der Polizeiaffizienten Lippold und Tempelhagen aus Niedersdorf im Kreise Leitow hatte sich das große Schöffengericht in Richterleide zu beschäftigen. Von der Anklage wurde den Angeklagten vorgeworfen, in Ausübung ihres Amtes den Arbeiter Herzberg durch Schläge zur Aufführung eines ihm vorgeworfenen Diebstahls veranlaßt zu haben. Gegen Herzberg war der Verdacht aufgekommen, daß er einen Diebstahl begangen habe. Die Beamten begaben sich zu ihm. Infolge seines Kuensens wurde Herzberg gefesselt und mit dem Ziel einer Ristforse schwer mißhandelt. Der Anklagevertreter sah den Fall so schwer auf, daß er gegen die Angeklagten eine Strafe von einem Jahr fünf Monaten resp. einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus beantragte. Entgegen diesem Antrage kam das Schöffengericht zu der Ansicht, daß nur schwere Körperverletzung vorliege. Das Gericht verurteilte deshalb Lippold zu einer Geldstrafe von 500 M. und Tempelhagen zu einer Geldstrafe von 250 M. Weiter wurden die beiden Angeklagten zur Zahlung einer ansehnlichen Geldbuße an den Arbeiter Herzberg verurteilt. Die Staatsanwaltschaft wird voranschicklich Verurteilung einlegen.

### Regeneriert aber verantwortlich!

„Ich gebe nach alledem mein Gutachten ab, daß die Angeklagte als geisteskrank im Sinne des § 51 zu bezeichnen ist.“ Mit diesen Worten leitete Gefängnisarzt Dr. Hirsch sein umfangreiches Gutachten vor der Berufungsstammkammer des Landgerichts II, vor der sich die Privatsekretärin Cora Cohn verantworten mußte. Die Angeklagte stammt aus einer angesehenen Hamburger Familie, deren Mitglieder aber fast sämtlich in geistiger Umnachtung gestorben sind. Was der Sachverständige über die abnorme Veranlagung der Angeklagten erzählte, war ein förmliches Pri-

natissimum über Sexualpathologie. Als Kuriosum sei erwähnt, daß sich die Angeklagte ein besonderes Vergnügen daraus machte, sich vom Zahnarzt völlig gesunde Zähne anbohren zu lassen. Dabei behauptete sie von Jugend auf eine große Intelligenz und zeigte auch vor Gericht eine große Schlagfertigkeit und Logik. In Frage standen mehrere Fälle von Betrug und schwerer Urkundenfälschung. Gemeinsam mit einer bereits abgeurteilten Freundin hatten sie es in raffinierter Weise verstanden, einen Münchener Kaufmann fast um sein ganzes Vermögen zu bringen. Weiter hatte sie als Frau Rechtsanwältin Behrens einen Antiquitätenhändler um Gold- und Silberwaren reichlich und den Erlös in Spielclubs vertriebt. Vom Schöffengericht Schöneberg war Cora Cohn zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Im Gegensatz zu dem Gutachten von Dr. Hirsch erklärte der Leiter der Irrenanstalt Herzberge, Sanitätsrat Dr. Klippstein, und Medizinalrat Dr. Ziele, keine genügenden Grundlügen für den § 51 zu haben. Die Angeklagte sei, wenn auch vermindert, verantwortlich, da sie die von ihr seit Jahren begangenen Hochtaten mit auherordentlicher Raffinerie und großer Planmäßigkeit durchgeführt habe. Das Gericht verneinte ebenfalls die Anwendung des § 51, ermäßigte aber das erste Urteil auf vier Monate Gefängnis.

## Proletarische Feiertunde

am Sonntag, den 9. November, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße:

### Die Revolution

Trommeln / Pauken / Hörner / Orgel / Männerchöre / Sprechchöre. Requiem von Toller. Hinaus - vorwärts - hinaus von Goethe. Ansprache: Genosse Victor Crispian.

Mitwirkende: Chort. des Staats-theaters, Solosprecher: Walter Druers (Orgel); Männerchor „Nomenos“ (Mitgl. d. NSD.) unter Leitung des Chorm. Thilo; der Sprechchor für „Proletarische Feiertunde“ unter Leitung von Albert Florath. Einzelparte 1 Goldmark.

Nachm. 3 Uhr im Theater des Westens: „Wozzeck“, ein Fragment von Georg Büchner. Eintritt 0,90 Gm.

Karten für alle Veranstaltungen zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 2, Hof II, Zimmer 8, Buchhandlung Bismarck, Lindenstr. 2, Regierungsamt, Engelstr. 24-25, bei sämtlichen Spieltheatern sowie allen Dolmetschen der Bezirksbildungsausschüsse.

### Die schlechte Krankenhauskost.

#### Was das Hauptgesundheitsamt dazu sagt.

Zu der im „Kornblau“ Nr. 473 veröffentlichten Entscheidung der Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte teilt das Nachrichtenamt des Magistrats uns folgende Erwiderung des Hauptgesundheitsamts mit:

„Die Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte stellte fest, daß der Aufwand für die Beförderung der Kranken in den Krankenhäusern gänzlich unzureichend sei. Würden doch nur 1,10 M. je Tag für die Verpflegung eines Kranken aufgewandt. Richtig ist, daß 1,10 M. (für Tuberkulose sind es 1,30 M.) gegenüber einem Friedenslohn von 1,30 bis 1,40 M. zur Verfügung stehen. Es muß aber beachtet werden, daß diese Kosten nur für die Beschaffung der Rohstoffe für die Verpflegung verwendet werden. Der Verbrauch an Heizmaterialien und Wasser, die Personallöhne und dergl. mehr sind dabei nicht mitgerechnet. Ferner ist zu beachten, daß die Nahrungsmittel in sehr großem Maßstab eingekauft und zum Teil in eigener Kasse hergestellt werden, also erheblich billiger sind als im Privathaushalt. Es kann deswegen nicht gesagt werden, daß der Aufwand für die Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern unzulänglich sei. Selbstverständlich ist die Krankenhauskost verbesserungsfähig, und eine Verbesserung wird auch ständig angestrebt und durchgeführt werden, soweit es die Mittel der Stadt erlauben. Bessert werden in kurzer Zeit schon die oben erwähnten Friedenslöhne erreicht oder gar überschritten werden.“

### Die Verkehrswacht.

Eine deutsche Verkehrswacht ist als eingetragener Verein mit dem Sitz in Berlin begründet worden. Die Organisation soll die an vielen Orten bestehenden Autowachen und dergleichen zusammenfassen. Die neue Organisation soll, so wird uns mitgeteilt, keine erschwerende Ueberorganisation sein, sondern sie soll nach Möglichkeit zentral den Verkehr zwischen örtlichen Autowachen und Spitzenverbänden vermitteln. Eine der vornehmsten Aufgaben der DVW. soll es sein, an den Orten, an denen eine Verkehrswacht bzm. Autowacht nicht besteht, eine solche örtliche Verkehrswacht ins Leben zu rufen. Es sei zu hoffen, daß die Einmütigkeit, die die deutschen Verkehrsorganisationen durch Gründung der „Deutschen Verkehrswacht“ gezeigt haben, Erfolge zeitigt, die den deutschen Verkehr in jeder Beziehung fördern werden. — Zur Gründungsversammlung waren erschienen: Allgemeiner Deutscher Automobilklub, Deutscher Verkehrsband, Reichsabteilung der Kraftfahrer, Deutscher Automobilhändlerverband, Mitteleuropäischer Motorwagenverein, Kraftfahrervereinigung Deutscher Ärzte, Dresden, Deutscher Touringklub, München, Automobilklub von Deutschland, Deutsche Autoliga, Reichsverband der Deutschen Automobilindustrie, Zentralverband für das Kraftfahrzeuggewerbe Deutschlands, Vereinigung Deutscher Kraftfahrerschulen, Bund Deutscher Kraftfahrer, Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“, Offenbach a. M., Deutscher Verkehrsband-Reichsabteilung der Straßen- und Kleinbahnfahrer, Deutscher Verkehrsband-Reichsabteilung für Transport und Expedition, Kraftverkehr Deutschland G. m. b. H., Dresden. — Zum 1. Vorsitzenden wurde der Leiter der Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft, Generaldirektor Kaufmann, gewählt, die beiden geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sind Brudmayer vom ADAC, Reich vom Deutschen Verkehrsband, Reichsabteilung Kraftfahrer.

Republik oder Monarchie? Das Reichsbanner veranstaltet in Berlin am Montag, den 10. November, abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichsbau eine Kundgebung mit dem Thema: „Republik oder Monarchie“, bei der führende Parlamentarier der republikanischen Parteien das Wort ergreifen werden. — Das Reichsbanner will durch diese erste Veranstaltung in überparteilicher Weise die Wahlarbeit der republikanischen Parteien ergänzen.

### Weitere Beschränkung der Hundesperre.

Nachdem seit dem 5. September ein neuer Lockwutfall nicht festgestellt worden und die Schutzfrist bezüglich des am 3. August in der Prinzenstraße vorgekommenen Seuchensfall inzwischen verstrichen ist, hat der Polizeipräsident die zur Befämpfung der Lockwut ergangenen Maßnahmen für ein weiteres Gebiet der Stadtgemeinde Berlin aufgehoben. Der noch verbleibende Sperrbezirk ist wie folgt abgegrenzt:

Im Westen durch die Havel, im Süden durch die Bahnstrecken Sponauer Forstbahn, Auswandererbahnhof Fürstenbrunn, Jungfernheide, Pustkühnstraße, Lehrter Bahnhof, Stadtbahn Lehrter Bahnhof bis Kummelsburg, im Osten durch die Bahnstrecken (Briesener Bahn) Siraou-Kummelsburg, Neu-Lichtenberg, Lichtenberg-Friedrichsfelde, Zentralfriedhof, Mageriehof, Marzahn bis zur Reichsbahngrenze, im Norden durch die Reichsbahngrenze. Alle außerhalb des vorbezeichneten Sperrbezirk liegenden Teile Berlins sind nunmehr frei von der sogenannten Hundesperre. Doch sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß die Hunde in dem sperrfreien Gebiet der Stadt mit einem besitzsicheren Maulkorb und, wenn sie frei umherlaufen, mit einem Halsband versehen sein müssen, das die genaue Adresse des Eigentümers oder eine gültige Steuermarke trägt.

Ferner wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß der Maulkorb- und Leinwand für die aus dem Sperrbezirk kommenden Hunde auch in den sperrfreien Stadtteilen fortbesteht, und daß die aus letzteren in das Sperrgebiet gebrachten Hunde gleichfalls an die Leine zu nehmen sind. Diese Verordnung tritt mit der im Laufe des 8. November erfolgenden Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung Potsdam in Kraft.

### Kokain-Orgien vor Gericht.

Einem Einblick in das Treiben in den Kokainklochemen, in denen die Gäste unheimliche Mengen des entnervenden Stoffes bis zu Tagesdosen von 5-6 Gramm verschmupfen, gewährte eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht Mitte gegen den Kaufmann Paul Gerron und mehrere Mitschuldige geführt wurde. In Gerron scheint man die Zentrale des unerlaubten Kokainhandels in Berlin aufgehoben zu haben. Lange Zeit waren alle Durchsuchungen seines Zigarettenkellers vergeblich gewesen bis es auf eine Anzeige eines Konkurrenten gelang, ein Riesenlager von Kokainvorräten bei Gerron zu entdecken. Es wurde festgestellt, daß er in seiner Wohnung große Geloge veranstaltete, bei denen in Riesenmengen Kokain verschmupft wurde. Seine Kundschäft verteilte vorwiegend im „Rädernkeller“. Einer der Hauptabnehmer Gerrons war ein angeleglicher schlesischer Baron von Otterström, der sich hinterher als Hochstapler entpuppte und der einen Kreis junger Leute um sich gesammelt hatte. Die er in Kokainrausch versetzte und dann mit ihnen Orgien besonderer Art trieb. Gerron trat in den nächtlichen Zusammenkünften als eifriger Verehrer der Freunde des Kokaingenusses auf und hielt über die Seeligkeit des Kokainrausches Vorträge. Als in der Gerichtsverhandlung die großen Mengen Kokain auf dem Richterisch ausgebreitet wurden, lieg allen Anwesenden ein betäubender Geruch in die Nase. Ein eigenartiges Bild gewährten dabei die vier Angeklagten, die sämtlich lebensschädliche Kokainisten sind. Stieren Auges blickten sie auf das begehrenswerte Gift und konnten sich von dem Anblick nicht lösen. So daß Landgerichtsdirektor Steinhaus zu Gerron sagte: „Da wird's Ihnen wohl ganz anders?“ Der Angeklagte erwiderte darauf: „Ja, da muß ich auch eine Prise nehmen, sonst halte ich die Verhandlung nicht länger aus.“ Damit zog er eine Dose aus der Tasche, schüttete sich eine beträchtliche Menge des weißen Pulvers auf den Handrücken und „zog es hoch“, wie es bei den Kokainisten heißt. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß bei der Gemeingefährlichkeit dieser Kokainrausche, die schon so viel Unheil angerichtet hat, wie dem Strafrichter täglich vor Augen geföhrt werde, keine Geldstrafe genüge. Eine Gefängnisstrafe müsse abbrechen. Das Gericht verurteilte Gerron wegen unerlaubten Handels mit Arzneimitteln und Beamtenbestechung zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Die Mitangeklagten Schneidermeister Friedrich und Schneider erhielten wegen Beihilfe je 60 M. Geldstrafe. Die Ehefrau Gerron wurde mangels Beweises freigesprochen.

Das Rentnerheim für Berlin-Mitte, das vor zwei Jahren im Hause Breite Straße 6 eingerichtet wurde, hat seinen Winterbetrieb für 1924/25 dort wieder aufgenommen. Die Räume sind neu hergerichtet worden und machen jetzt einen recht freundlichen Eindruck; auch hat das Heim ein Klavier erhalten, das einem Gönner zu verdanken ist. Die Eröffnung des Winterbetriebes wurde mit einer kleinen Feier verbunden, an der auch Bürgermeister Genosse Schneider von Berlin-Mitte und andere Mitglieder des Bezirksamtes teilnahmen. Im vorigen Winter besuchten dieses Heim regelmäßig an 100 Personen, ältere Damen und Herren, und mittlerweile wurde diese Zahl noch beträchtlich überschritten. Für diesen Winter erwartet man einen mindestens ebenso starken Besuch. Den Gästen des Heims ist es von Nutzen, daß die Räume der Kochschule des Berliner Hausfrauenvereins ihnen als Unterkunftsstätte dienen. Die alten Leute wissen es zu schätzen, daß die dort zubereiteten Speisen auch ihnen zugute kommen. Das Heim ist geöffnet nur an den drei Wochentagen Donnerstag, Freitag, Sonnabend von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Pflege und Ernährung des Säuglings. Am 20. November beginnt im Auguste-Viktoria-Dank, Charlottenburg, Frankstraße (Strahenbahnhof Westend) ein Kursus für Mütter und Mädchen, in dem alles das praktisch und theoretisch gelehrt wird, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfaßt vier Doppelstunden jeweils Donnerstags von 8-5 Uhr. Die Einkreibegebühr von 5 M. ist im Bureau der Anstalt zu entrichten.

Ein Autounfall mit tödlichem Ausgang bedarf noch der Aufklärung. Am vergangenen Montag wurde vor dem Hause Neue Aniastraße 88 der Kaufmann Ernst Stein, der am Friedrichshain 1 wohnte, von einem Personauto überfahren. Den schweren Verletzungen, die er dabei erlitt, ist er jetzt erlegen. Weil der Vorgang noch nicht genügend geklärt ist, so werden Augenzeugen gebeten, sich bei dem 2. Kriminalbezirk, Friedrichshain, zu melden.

# Die drei Schönheitsfehler des Mundes

## 1. Der Zahnstein

Ist ein Absatz des Speichels ähnlich wie der Kesselstein des Wassers. Er hat eine graugrüne, braune bis schwarze Färbung und ist zunächst ein Schönheitsfehler, der den Zähnen ein häßliches, ungepflegtes Aussehen gibt und einen üblen fauligen Geruch aus dem Munde verursacht. Er ist aber auch ein höchst gefährlicher Feind des Gebisses, weil er Zahnfleisch- und Kieferschwund sowie Zahnfleischentzündungen und Eiterungen verursacht. Er ist äußerst fest-sitzend und hart; oft umkleidet er in harter Kruste den ganzen Zahnhals, entblößt die Wurzel und verursacht ein Lockerwerden der Zähne.

## 2. Mißfarbener Zahnbelag

hervorgehoben durch starkes Rauchen von Zigarren und Zigaretten, ist weniger schädlich, aber ein um so auffälliger Schönheitsfehler des Gebisses. Wie entfernt man Zahnstein und Zahnbelag? Weder mit Mundwasser noch mit sogenannten Lösungsmitteln; in dieser Beziehung ähnelt der Zahnstein auch dem Kesselstein, gegen den allerlei Lösungsmittel sich als wirkungslos erwiesen haben und die rein mechanische Beseitigung sich am besten bewährt. Millionen, die heute Chlorodont täglich im Gebrauch haben und ihre schönen weißen Zähne dieser Zahnpflege verdanken, haben es selbst ausprobiert, daß Mundwasser die mechanische Reinigungskraft der mikroskopisch feinen reinen Kreide im Chlorodont nicht ersetzen kann.

## 3. Ubler Mundgeruch

als Folge mangelhafter Zahnpflege macht sich weniger dem davon Betroffenen, als seiner näheren Umgebung bemerkbar. Neutrale Salze im Chlorodont, die eine vermehrte Speichelbildung und dadurch eine natürliche Mundreinigung bewirken, in Verbindung mit dem herrlich erfrischenden Pfefferminzgeschmack beseitigen diesen markanten Schönheitsfehler unmittelbar. Jeder Tube Chlorodont ist eine genaue Gebrauchsanweisung beigelegt. Chlorodont-Zahnpaste und die dafür geeignete Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschneit sind die besten Hilfsmittel gegen den gefährlichen Zahnstein, mißfarbenen Zahnbelag und den oft damit verbundenen üblen Mundgeruch.

# beseitigt Chlorodont-Zahnpaste







# Wirtschaft

## Die deutsch-französischen Zollverhandlungen.

Die in Paris wieder aufgenommenen Handelsvertragsverhandlungen werden insbesondere durch die Verschiedenheit der Handelsvertrags- und Zollpolitik Deutschlands und Frankreichs bestimmt. Deutschland steht auf dem Boden der Weisbegünstigung und kann Zollbindungen, d. h. Abweichungen vom autonomen Zolltarif gewähren. Frankreich lehnt das Weisbegünstigungsprinzip nicht, sondern nur den Minimal- und Magimantarif. Der letztere wird als Generaltarif bezeichnet. Es ist jedoch in der Lage, für eine Reihe von Waren den günstigeren Tarif oder einen Zwischentarif zwischen Minimal- und Generaltarif einzuräumen.

Das Ziel der deutschen Verhandlungen ging dahin, für die Weisbegünstigung an Frankreich die tatsächliche, wenn auch nicht formelle Weisbegünstigung von ihm für alle Waren unserer Exportwirtschaft einzuhandeln. Im Grunde genommen läuft der Wunsch auf Ausgleich der beiderseitigen Vorteile und Zugeständnisse hinaus. Die vor Wochen abgeschlossene Generaldiskussion ergab dann auch folgende Einigung: Deutschland wird Frankreich die allgemeine Weisbegünstigung zugestehen, ferner für gewisse französische Erzeugnisse vertragliche Herabsetzungen oder Bindungen seiner Tarife und, falls die Einfuhrfreiheit nicht hergestellt werden kann, Kontingente für die Einfuhr französischer Waren nach Deutschland einräumen. Dafür gewährt Frankreich den Minimaltarif in allen Fällen, wo die Bedingungen der Erzeugung und des Marktes dem nicht entgegenstehen. Ist das aber der Fall, dann soll nach der Billigkeit, die den von Deutschland zugestandenen Vorteilen und Zugeständnissen entspricht, verfahren werden. Die Formel sieht also bei Frankreich ein Äquivalent für die von Deutschland gewährte Weisbegünstigung vor.

Die Unterbrechung der Verhandlungen bis zum 5. November 1924 war nur der Feststellung dessen gewidmet, was nun Äquivalent sein soll. Die deutsche Delegation hat sich auf die Zusammenstellung deutscher Waren (z. B. Datteln, Korinthen usw.) beschränkt, für die auf Einräumung des Minimaltarifs verzichtet wird. Diese Liste liegt den jetzigen Verhandlungen zugrunde, die sich also zum Teil auf Erörterung der einzelnen Warengebiete erstrecken werden. Die Franzosen haben eine Aufzählung von Waren fertiggestellt, für die sie Zollbindungen und Zollherabsetzungen, Einfuhrfreiheit und Kontingentierung verlangen.

Nach Lage der Dinge kann nur ein Uebergangsabkommen erreicht werden, bis die Praxis und die Fertigstellung des neuen deutschen Generaltarifs den endgültigen Abschluß ermöglicht. Kompliziert wird der Verhandlungsverlauf sehr wahrscheinlich durch die Saarfrage und die Frage der elsäss-lothringischen Kontingente, die nach französischem Wunsch noch 18 Monate weiter gewährt und dann in drei Etappen abgebaut werden sollen. Die Angelegenheit der 26proz. Ausfuhrabgabe gehört mehr zum Reparationskomplex und kann nicht gut in die Handelsvertragsverhandlungen einbezogen werden. Interessant wird bei Regelung der ganzen Materie vor allem die Behandlung der elsäss-lothringischen Kontingente sein, die von der Schwerindustrie als gewisses Kompensationsobjekt beantragt werden sollten.

## Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoch, den 5. November, ist nach amtlicher Mitteilung gegenüber der Vorwoche unverändert geblieben. Sie beträgt (die Vorkriegszeit gleich 100 gesetzt) 123,0. Auch im Kleinhandel sind die Nahrungsmittelpreise etwas zurückgegangen, was aber durch Mietpreiserhöhungen in einigen Ländern ausgeglichen wird.

Die auf den Stand des 5. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 28. Oktober (123,5) um 1,5 Proz. auf 126,6 zurückgegangen. Niedriger lagen vor allem die Bienen- und Großhandelspreise von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Butter, Zucker, Rindfleisch, Schweinefleisch und Wolle. Gestiegen sind die Preise für Ochsenhäute, Kalfelle, Leder, Baumwolle, Leinen- und

Jute, Garn, Hanf, Blei, Kupfer und Zinn. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel von 125,0 auf 121,5 oder um 2,8 Proz., während die Industriestoffe von 135,2 auf 136,2 oder um 0,7 Proz. anjagen.

Für den Monatsdurchschnitt Oktober ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 126,9 auf 131,2 oder um 3,4 Proz.

Nach den amtlichen Mitteilungen hat sich der Großhandelsindex also im Anfang November um 1,5 Proz. gesenkt. Es wäre aber verfehlt, daraus auf eine veränderte Tendenz in der Preisbildung schließen zu wollen, denn die Senkung beruht in erster Linie auf Agrarartikeln, die infolge der günstigen argentinischen Ernteschätzungen im Preise sanken. Sie haben nach dem 5. November aber wieder im Preise angezogen, jedoch mit der Erhöhung des Index gerade wie im verflochtenen Monat auch im November zu rechnen ist.

Der Lebenshaltungsindex läßt sich auch diesmal schlecht mit der wirklich vorhandenen Teuerung vereinbaren. Hier wird erst die Klärung der Grundberechnung, wie sie von den Gewerkschaften erstrebt wird, Wandel bringen können.

## Neue Formen der Kapitalbeschaffung.

In der Regel erfolgte die Kapitalbeschaffung der deutschen Aktiengesellschaften bisher in zwei Formen: der Ausgabe von Aktien oder Obligationen. Aktien stellen Anteile auf den Ertrag des Unternehmens dar; sie können beliebig hoch am Reingewinn beteiligt werden, sie können auch in kritischen Zeiten ertraglos bleiben. Obligationen jedoch sind hypothekarisch gesicherte, festverzinsliche Papiere, die sich in ihrem Charakter etwa von Staatsanleihen, Staatspapieren und dergleichen kaum unterscheiden. Zwischen diesen beiden Hauptformen gab es noch einige andere Spielarten von Papieren, deren Ausgabe zur Beschaffung von Kapital benutzt wurde. Besonders bekannt ist von ihnen der Typus der Vorzugsaktien, deren Verzinsung nach oben hin begrenzt ist, die aber in guten Zeiten vorweg am Ertrag der Unternehmungen teilnehmen. Nachträglich kommen dann den Vorzugsaktionären vor den übrigen Aktionären diejenigen Beträge zugute, die ihnen früher bei einer niedrigen Verzinsung entgangen waren. Von diesen Vorzugsaktien zu unterscheiden sind die sogenannten mehrstimmigen Vorzugsaktien, die vielfach in der Inflation zur Sicherung gegen Ueberfremdung ausgegeben wurden, neuerdings aber auch bei Zusammenschlüssen und Angliederungen neuer Unternehmungen ausgenutzt werden. Dieser Aktientypus hat für die Beschaffung von Kapital bisher kaum eine Rolle gespielt.

Heute sind die Aktiengesellschaften in einer eigenartigen Lage. Die meisten Unternehmungen befinden sich in der Umstellung auf die Goldbilanz. Wie hoch die voraussichtlichen Erträge in der nächsten Zeit sein werden, weiß man nicht. Sicher ist, daß man in weiten Industriekreisen den Aktionären von ihren Profiten möglichst wenig zuwenden will. Die schönen Gespinntheiten aus der Inflation gewöhnen sich nicht so leicht ab. Viele Unternehmungen wollen die Profite zu großen Reserven oder zur Kapitalbildung aufkammeln. Das können sie um so leichter, als heute die Aktienmehrheiten vielfach in den Händen ganz bestimmter Gruppen sind, die in Erwartung späterer großer Gewinne gern für eine Uebergangszeit auf kleine Dividenden verzichten, zumal ihnen meist noch die Aufsichtsratsanteile bleiben. Die kleinen Aktionäre gehen allerdings dabei leer aus. Die Börse beurteilt die Sachlage daher ganz richtig, wenn sie sich sträubt, die Aktienkurse, selbst hochwertiger Unternehmungen derart zu steigern, daß sie wesentlich über 100 Prozent hinausgehen. Die Parität wird im allgemeinen nicht erreicht. Für die meisten Aktiengesellschaften ist es bei dem herrschenden hohen Zinsfuß und bei den niedrigen Aktienkursen daher unlohnend, durch Ausgabe neuer Aktien Kapital aufzunehmen.

Zwei Gesellschaften nun, die Harpener Bergbau- u. G. und die Basalt- u. G. in Binn, benutzen daher eine bisher in Deutschland nicht gebräuchte Form von Papieren zur Kapitalbeschaffung. Sie geben nämlich Obligationen aus, die mit 7 bzw. 8 Prozent verzinst werden sollen und als festverzinsliche Papiere Aussicht haben, jetzt von der Börse aufgenommen zu werden. Die Verzinsung ist allerdings verhältnismäßig niedrig. Dafür

werden jedoch die Besitzer der Obligationen nach fünf Jahren vor die Wahl gestellt, ob sie diese Papiere gegen Aktien der Gesellschaft umtauschen wollen. Dieses Umtauschrecht ist besonders wertvoll in dem Maße, daß es den fraglichen Gesellschaften gelingt, innerhalb weniger Jahre Dividenden herauszuwirtschaften, die größer sind als der Zinsfuß der jetzt ausgegebenen Obligationen. Daher glaubt man die neuen Harpener Anleihestücke nur mit 7 Prozent ausfallen zu brauchen, während man sonst für eine gleiche Anleihe einen Zinsfuß von 10 bis 11 Prozent hätte bewilligen müssen. Die Gesellschaft kommt so billig zu Anleihekaptal, während sie aus Aktien nur einen sehr niedrigen Ausgabekurs erzielt hätte, wodurch sich der Kapitalertrag wesentlich gemindert hätte.

Es ist wahrscheinlich, daß in der nächsten Zeit diese Form von Obligationen, die im Ausland vielfach gebräuchlich ist und dort den Namen Convertible Bonds führt, auch für den deutschen Kapitalmarkt eine gewisse Bedeutung gewinnen wird. Die Umstellungspolitik der Aktiengesellschaften hat das Vertrauen des Anlage suchenden Publikums in den Aktienmarkt schwer erschüttert. Solange niemand weiß, ob er in absehbarer Zeit überhaupt auf Dividenden rechnen kann und in welcher Höhe diese in Betracht kommen, wird es für Aktien wenig Freunde geben. Daran kann auch die bevorstehende Ermäßigung des Börsenumsatzsteuereinzugs nichts ändern. Festverzinsliche Obligationen gewöhnlicher Art jedoch müssen bei den heutigen Geldverhältnissen entweder mit zu hohen Zinssätzen bedacht werden oder sie bringen am Kapitalmarkt nur geringe Erträge. Aus diesen Gründen ist der Convertible Bonds ein außerordentlich günstiges Emissionspapier, weil er die Kapitalgeber von dem Risiko entbindet, daß sie vorläufig überhaupt keine Erträge zu sehen bekommen, es ihnen aber freistellt, die Scheine in Aktien umzutauschen, sobald diese mehr einbringen.

Die Arbeiterschaft hat an dieser Entwicklung ein Interesse deshalb, weil noch heute viele Unternehmungen infolge Kapitalmangels unter Schwierigkeiten leiden und damit Betriebseinschränkungen und Stilllegungen begründen. Wenn also auf die geschulderte Weise eine Quelle für neue Kapitalbeschaffungen erschlossen wird, die bisher nicht bestanden hat, so kann das der Arbeiterschaft nur erwünscht sein.

**Elektrizitätswirtschaft und Privatprofi.** Ein Kongreß für die Elektrifizierung der französischen Landwirtschaft, der vor kurzem in Lyon abgehalten wurde, forderte die Aufhebung der Konzessionen für Elektrizitätswerke, die auf Grund eines vom Nationalrat im vorigen Jahre geschaffenen Gesetzes erteilt wurden. Auf dem Kongreß wurde bewiesen, daß die Elektrizität heute tatsächlich das Monopol einiger Trusts darstellt und die Elektrifizierung einzig aus Profitinteressen betrieben wird. Der Verbraucher wird von diesen Gesellschaften ungeheuer ausgebeutet und gezwungen, 2,50 Fr. für eine Kraftmenge zu zahlen, die dem Wert 24 Centimes kostet. Es wurde in Erinnerung gebracht, daß ein Elektrizitätstrust, der dem Großindustriellen Boucheur nahesteht, den Strom von einem staatlichen Arsenal für 18 Centimes gekauft und den selben an die Verbraucher für 80 Centimes, manchmal für 1,20 Fr., ja sogar für 1,80 Fr. weiterverkauft hat.

**Verlangsamte Kapitalanhäufung in England.** Die bekannte englische Zeitschrift „The Economist“ berechnet vor kurzem die Ersparnisse der englischen Bevölkerung seit dem Kriege. Für diesen Zweck hat sie die Statistik der Lebensversicherungen, der neuen Kapitalanlagen (ausgenommen die Regierungsanleihen) und die den Reserven zugeführten Kapitalien der Aktiengesellschaften herangezogen. Die Erhöhung der Versicherungsbeträge entspricht der seit dem Kriege erfolgten Preissteigerung, auch ist das Verhältnis der Reserven zum Aktienkapital nicht verändert. Dagegen haben sich die neuen Anlagen seit dem Kriege überhaupt nicht oder mehr, trotz der erfolgten Preissteigerungen und trotz der Tatsache, daß Staatsschulden aus Steuern zurückgezahlt wurden, was neue Anlagen erleichtert hätte. Daraus folgt eine Verminderung der nationalen Ersparnisse. Vor 1924 hat England ungefähr 15 Proz. seines Nationaleinkommens erspart und seinem Nationalvermögen einverleibt. „Es ist möglich“, meint der „Economist“, „daß nicht nur die Lebenshaltung, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit der Industrie mit geringeren Ersparnissen aus dem Nationaleinkommen aufrechtgehalten werden kann. Es ist unmöglich festzustellen, wie rasch sich das Kapital in der Welt anhäuft und wie rasch der englische Industrieparat ausgedehnt werden muß, um damit Schritt halten zu können.“

**WOLFFEILE**

**WOCHEN**

**Heute Schlußtag**

Wir bringen Waren aus fast allen Abteilungen, die sich durch ihre Preiswürdigkeit schon jetzt zum Einkauf für das Weihnachtsfest ganz besonders eignen

<b>Geldscheintaschen</b> mehrerer Fächer, acht Schwabwälder <b>60</b> Pf.	<b>Moderne Halsketten</b> ganz bedeut. unter regul. Preis, Stück <b>45</b> Pf.	<b>Spielanzüge</b> in verschiedenen Größen, a. prima Stoffen, mit grosser Tasche und Bild... Stück <b>145</b>	<b>Sakkoanzüge</b> mod. Streifenmuster... <b>58<sup>00</sup></b>	<b>Sakkoanzüge</b> la. Verarb., gute Passf. <b>69<sup>00</sup></b>
<b>Knabenschürzen</b> versch. Größen, in Stoffe <b>95</b> Pf.	<b>Kunstseidene Unterkleider</b> Trikot, in grossen Farbensortiment... <b>6<sup>40</sup></b>	<b>Reformhosen</b> für Damen dankelblau, mit sauren Futter, Winterqual. <b>4<sup>50</sup></b>	<b>Damen-Handschuhe</b> Ziegenleder, 2 Druckknöpfe <b>3<sup>50</sup></b>	<b>Herren-Handschuhe</b> Nappa, 1 Druckknopf... <b>4<sup>90</sup></b>
<b>Braune Herrenschnürstiefel</b> moderne Formen, prima Rahmentrieb... <b>12<sup>50</sup></b>	<b>Halbwollene Streifen</b> 100 cm breit... Meter <b>1<sup>85</sup></b>	<b>Pyjacks</b> für Knaben, 2-3 J. aus blauem Cheviot, warm gefüttert... für ca. 2 Jahre <b>7<sup>75</sup></b>	<b>Herren-Normalhemden und -Hosen</b> <b>1<sup>95</sup></b>	<b>Dämaste</b> doppeltbreit, für Feinmantele- und Jackenfutter... Meter <b>5<sup>90</sup></b>
<b>Twil-Kammgarn</b> reine Wolle, 180 cm breit, schwarz und marine, Meter <b>3<sup>80</sup></b>	<b>Selbstbinder</b> moderne Form, türkisches Muster... <b>2<sup>90</sup></b>	<b>Jungmädch.-Kleider</b> aus Kunstseidenem Trikot, in vielen Farben <b>9<sup>75</sup></b>	<b>Briefpapier</b> Kasette 50 Bogen, 50 Umschläge, mit lila Seidenfalter, gute Qualität... <b>58</b> Pf.	<b>Damen-Hemdosen</b> weisse Baumw., fein gestrickt <b>2<sup>75</sup></b>
<b>Warmer Mantel</b> apart kariert, jugendliche Form... <b>19<sup>75</sup></b>	<b>Leipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee</b>	<b>Jugendlicher Mantel</b> mit modernem, breitem Lederärmel... <b>19<sup>75</sup></b>	<b>Leipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee</b>	<b>Warmer Mantel</b> doppeltbreit, m. eckl. breitem Pelzragen <b>27<sup>50</sup></b>

**H E R M A N N**



### Eine reaktionäre Masse.

Von Arthur Crispian.

Ich denke hier nicht an das historische Wort von der „einen reaktionären Masse“. Ich will hier von der reaktionären Masse sprechen, die sich aus den Deutschnationalen und den Kommunisten zusammensetzt. Beide Teile dieser reaktionären Masse haben in gleicher Weise ihre nationalsozialistischen, völkischen, syndikalistischen und anarchistischen Anhänger, Antreiber und Uebertrumpfer.

Einig in ihren Methoden und Zielen richten die Deutschnationalen und die Kommunisten ihre ganze Stochkraft — soweit von einer Stochkraft bei ihnen noch gesprochen werden kann — auch im gegenwärtigen Wahlkampf vornehmlich gegen die Sozialdemokratie.

Einig in ihren Methoden. Sowohl im deutschnationalen wie im kommunistischen Wahlauftritt wird in lieblich übereinstimmender Unverfrorenheit gegen den „Terror“ — der anderen gewettert. Die Deutschnationalen wollen „die Arbeiter vom Terror befreien“. Die Kommunisten jammern darüber, daß „der Einfluß der Massen durch Lügen und Verleumdungen, durch Terror und Verfolgungen gestört werde“. Das ist wirklich reizend. Während des Rapp-Abenteuers ordneten die monarchistischen Putschisten an, daß jeder Arbeiterführer auf der Stelle zu erschießen sei, wenn er nicht für die Beendigung des Kampfes der Arbeiter gegen die Putschisten eintrete. Zahlreich sind die Fälle der Morde und zahllos die Fälle der Gummiknüppel- und Stinkbombenattentate völkisch-deutschnationaler Jünglinge gegen Demokraten und Sozialdemokraten. Die kommunistischen Sinowjew-Agenten arbeiten nicht minder unverdrossen mit terroristischen Akten. Dynamitattentate, Ueberfälle auf sozialdemokratische und gewerkschaftliche Funktionäre werden von den Kommunisten nur als Vorbereitungen der großen bolschewistischen Siegesaktion betrachtet, durch die alle Sozialdemokraten und Gewerkschaftler an die Laternen kommen sollen. Das alles ist nach der völkisch-deutschnationalen und kommunistisch-bolschewistischen Moral ganz in der Ordnung. Doch wenn schließlich auch die nachsichtigsten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler die Geduld verlieren und den terrorlästernsten Heldenjünglingen vom Halbkreuz und Sowjeterne mal in notwendiger Gegenwehr gehörig die edelsten Körperteile verstoßen, oder wenn die völkischen und bolschewistischen Attentäter in den Reizen der bürgerlichen Justiz hängen bleiben, dann schreit man über Terror — der Sozialdemokratie.

Einig in ihren Zielen. Sowohl im deutschnationalen wie im kommunistischen Wahlauftritt wird die terroristische Diktatur einer Minderheit über die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung gefordert. Die Deutschnationalen erstreben als die „beste Staatsform für das deutsche Volk“, die „konstitutionelle Erbmonarchie“, die „Beseitigung der Kleinherrenschaft des Parlaments“. Die Kommunisten loben gegen „die schwarzrotgoldene Demokratie“, deren Sturz sie herbeiführen wollen, um „das Klassenprogramm“ der Bolschewisten, „die Aufrichtung der Herrschaft der Werktätigen“ zu erringen. Man glaube nicht, daß die von den Kommunisten gemeinte „Herrschaft der Werktätigen“ — was für verschwommene opportunistische Phrasen — identisch sei mit dem sozialdemokratischen Bestreben, der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Wir Sozialdemokraten wollen, daß die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung die Regierung übernimmt im Interesse der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung. Wir Sozialdemokraten haben kein „Klassenprogramm“ durchzuführen, denn wir erstreben die Befreiung der Klassen und die Vollendung der Demokratie in der klassenfreien Gesellschaft.

Die Kommunisten erläutern dann das, was sie eigentlich meinen, auch selbst in ihrem Wahlauftritt. Sie bezeichnen ihre putschistische Sekte als „die einzige Partei der arbeitenden Massen“. Damit bestätigen sie nur, was längst notorisch ist, nämlich, daß die Kommunisten nach dem russischen Vorbild die Diktatur einer winzigen Minderheit, eben der kommunistischen Sekte, über die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung errichten möchten. Ob man das nun, wie die Deutschnationalen, Erbmonarchie nennt oder wie die Kommunisten, Diktatur der kommunistischen Sekte mit dem „Klassenprogramm“, das sind nur andere Worte für dieselbe Sache. Und die Sache, um die es sich hier handelt, ist nichts anderes als der Despotismus, ist nicht die Befreiung der werktätigen Massen, sondern ihre brutale Unterdrückung durch ebenso gewissenlose wie beschränkte Reaktionäre, ist nichts anderes als die roheste Vergewaltigung der Menschheit nach feudal-asiatischen Methoden.

Despoten können natürlich nur regieren, wenn die „wertfähigen Massen“ vorher politisch entrechtet und wehrlos gemacht sind. Darum haßen die barbarischen Feudalisten und die asiatischen Bolschewisten das parlamentarische, das demokratische System, denn an diesem System müssen alle ihre Pläne zerschanden werden. Die werktätigen Massen aber gibt das System der Demokratie die denkbar besten Waffen für ihre Selbstbefreiung von jeglicher Knechtung.

Einig auf der ganzen Linie. „Die Reinigung von dem Erfüllungsgeist, der sich dem Zustand in würdelosen Pazifismus unterwirft“, wollen die Deutschnationalen. Die Kommunisten stimmen ihnen zu und rufen: „Zum Kampf gegen die Durchführung des Dawes-Gutachtens“. Die Kommunisten wollen nichts wissen von den Pazifisten, sie sind für das militärische „Bündnis mit Sowjet-Rußland“. Der von ihnen gemeinte „Befreiungskampf“ gegen die „internationale Finanzoligarchie“ kann nur mit militaristischen Mitteln geführt werden.

Also Krieg! Deutschland soll zum Schauplatz des Machtkampfes zwischen den Sowjetimperialisten und den Ententemächten werden. Das deutsche Volk soll als Opfer für dieses wahnwitzige Unternehmen geschlachtet werden!

Der Glaube an die Allmacht der Gewalt ist den Kommunisten wie den Deutschnationalen zur Religion geworden. Sie haben aus der Geschichte nichts gelernt. In dem preussischen Dreiklassenstaat hielten sich die bourgeoisischen Gewalthaber unter zaristischer Protektion einen militärisch gestützten Herrschaftsapparat geschaffen. Durch „Blut und Eisen“ schufen sie das einzige Deutsche Reich, von dem sie 1871 in der Verfassung zu Unrecht behaupteten, es sei „ein

ewiger Bund“ der Könige und der Großherzöge „zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“. Diese Sorte Wohlfahrt, die berühmten herrlichen Zeiten Wilhelms, haben wir inzwischen gründlich genießen dürfen. Der bourgeoisische Herrschaftsapparat brach 1918 zusammen, und nur reaktionäre oder beschränkte kommunistische Spielbürger wünschen die Kräfte einer nicht ruhmvollen und volksverderblichen Bergangenheit wieder lebendig zu machen. Nur Reaktionäre aller Schattierungen möchten das Zeitalter von Blut und Eisen neu begründen.

Wir Sozialdemokraten haben nichts gemein mit diesen reaktionären Traditionen. Wir halten es mit der modernen Idee des Sozialismus, mit dem, was Karl Marx schon 1864 (Inauguraladresse) als außenpolitische Richtlinien für das Proletariat formulierte:

„Wenn die Befreiung der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationen ihr brüderliches Zusammenwirken erheischt, wie

### Deutschvölkische Wahlvorbereitung.



Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen (Jupp!),  
Aus dem Land die Sozen jagen (Jupp!),  
Und den Juden an den Kragen (Jupp!)!  
Ach, mir liegt es schwer im Magen (Jupp!) —  
Doch bald wird es herrlich fagen (Jupp!)!

Soll dieses große Ziel erreicht werden mit einer auswärtigen Politik, die frenetische Zwecke verfolgt, nationale Vorurteile auspielt und in Raubkriegen des Volkes Gut und Blut vergeudet? ... Die Uebergriffe der barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg ist, und deren Hände in jedem Kabinett Europas sind, haben die Arbeiterklasse die Pflicht gelehrt, sich der Geheimnisse der internationalen Politik zu bemächtigen, die diplomatischen Aktionen ihrer Regierungen zu überwachern, ihnen, wenn nötig, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken!

Heute sieht nicht mehr der Zar in Petersburg, sondern Sinowjew in Moskau. Und wie früher die zaristische, hat die bolschewistische Regierung in allen Angelegenheiten der übrigen Staaten ihre Hände, um eine Politik zu betreiben, die frenetische Zwecke verfolgt, nationale Vorurteile auspielt und in Raubkriegen des Volkes Gut und Blut vergeuden möchte. Wir Sozialdemokraten halten es mit den modernen Grundfragen des Sozialismus. Wir suchen durch die Methoden einer friedlichen Politik Freunde und Bundesgenossen im Proletariat der anderen Länder zu gewinnen und die Befreiung Deutschlands vom internationalen nicht nur, sondern von jeglichem Kapitalismus herbeizuführen.

Damit sich diese einzig wirklich revolutionäre, weil vorwärtsführende Politik der internationalen Solidarität der Arbeiter aller Länder zum Wohle der Völker aller Länder durchsetzen kann, ist es nötig, der „reaktionären Masse“ der Deutschnationalen und Kommunisten zu zeigen, daß die wirklichen Massen von ihr nichts mehr wissen wollen. Das ist die große Aufgabe des 7. Dezember.

### Seht die Wählerlisten ein!

Auslegung vom 15. bis 22. November

Die auf die Zeit vom 15. November bis einschließlich 22. November dieses Jahres festgesetzte Auslegung der Stimmlisten und Stimmparteien für die am 7. Dezember stattfindende Reichstagswahl ist nach einer Verfügung des Preussischen Innenministers gleichzeitig Auslegung für dieselben Wählerverzeichnisse für die preussischen Landtagswahlen.

Jeder Wähler muß sich vergewissern, ob sein Name in der Wählerliste eingetragen ist. Wer nicht eingetragen ist, kann nicht wählen!

### Der Gipfel des Wahlschwindsels.

Sie sind niemals umgefallen!

Die Fraktion Halb und Halb verfolgt im Wahlkampf die Taktik, ihren fünfzigprozentigen Umfall vom 29. August totzuschweigen. Die kleineren der deutschnationalen Geister genieren sich nicht, ihn glattweg abzuleugnen. In einer deutschnationalen Wahlversammlung in Stettin sprach der deutschnationalen Abgeordnete Mengel über die Stellung der Deutschnationalen zum Dawes-Gutachten. Er besaß laut „Pommerscher Tagespost“ die Redheit zu folgenden Ausführungen:

„Und wieder tauchten Hoffnungen auf, als es um das Dawes-Gutachten ging, und wir Deutschen nahmen es schließlich doch an. Freilich, die deutschnationalen Abgeordneten waren bei der Abstimmung einstimmig in ihrem Nein. Wir treiben keinen Kemerschacher, und er wird aufhören, wenn die Deutschnationalen aus Ruder kommen.“

Wenn ein deutschnationaler Parteisekretär vom untersten Grade derartige Ausführungen wagen würde, so würde man mit einem Häselzuden darüber hinweggehen. Wenn aber ein deutschnationaler Abgeordneter die Frechheit besitzt, den Umfall der Deutschnationalen vom 29. August durch so faustdicke Lüge aus der Welt schaffen zu wollen, so muß dieser Gipfel des Wahlschwindsels denn doch niedriger gehängt werden. Nicht nur Deutschland, die ganze Welt ist voll Hohn und Spott über den schmachtvollen Umfall der Deutschnationalen vom 29. August. Der deutschnationalen Kemerschacher, die deutschnationalen Bier nach Ministerjessen hat den Etel aller politisch denkenden Menschen erweckt. Trotz des Zeugnisses der ganzen Welt, trotz des Zeugnisses der eigenen Presse, der amtlichen Reichstagsprotokolle behauptet Herr Mengel, die Deutschnationalen hätten einstimmig das Dawes-Gutachten abgelehnt.

Eine so bewusste Lüge ist ein unwiderlegliches Zeugnis für die innere Verlogenheit der deutschnationalen Politik.

### Wahlparole der Volkspartei.

Vollkommen weisungsgel.

Die Partei der Herren Stresemann und Scholz gibt ihre Wahlparole in Knäpplerworten aus. Sie lautet:

„Kannst du noch zweifeln, Deutscher, was du mußt? Bist du dir keineswegs noch nicht bewußt?“

Es ward ja doch ein Zeichen dir zuhell,  
Nur bog vor dir der Weg zu deinem Heil:

Und läßt es auch die „Tante Boß“ nicht ruhn,  
Was Frankreich rät, das darfst du niemals tun.

Was ihm gefällt, das ist für dich das Schöne,  
Das, was es ärgert, ist für dich das Rechte!

Und Frankreich fängt gewaltig an zu schre'n,  
Sprichst du ein Wort von deinen Rechtspartei'n.

Man sieht, o Demokraten erbeide:  
Das Rechte und die Rechte sind das Weide.

Befonders schafft dem guten Frankreich Weh  
Die D.-B.-P.

So nimm denn Rücksicht auf die parte Seele  
Und wähle!“

Rechtspartei, gegen die Verständigung mit Frankreich, gegen Bülterverständnis überhaupt, und in dem Tone! Bankrott, völkischer geistiger Bankrott. Es ist kein Witz, diese Wahlparole wird von der „Nationalliberalen Correspondenz“ verbreitet und von der „Zeit“, dem Organ des Herrn Stresemann, weitergegeben.

Eine feine, eine geistreiche, eine würdige Wahlparole für einen Außenminister!

### Rundgebung zur Reichstagswahl.

Das Deutsche Friedenspartei, dem 21 Verbände, zumeist Spitzenorganisationen mit einer sehr großen Mitgliederzahl, angehören, hat folgende Rundgebung zur Reichstagswahl ertönen:

Bei dieser Wahl gibt es nur eine Lösung: Sicher die Republik! Nur eine zuverlässige republikanische Mehrheit im neuen Reichstag gibt Garantie für eine friedliche Entwicklung Deutschlands im Innern und nach außen. Nur sie verbirgt die lokale Ausführung der Dawes-Gehege, die beschleunigte Räumung des besetzten Gebietes, baldigen Eintritt Deutschlands in den Bülterbund, erfolgreichen Verlauf der vom Bülterbund geplanten Abrüstungskonferenz, die Verständigung zwischen einem demokratischen Deutschland und einem demokratischen Frankreich.

Als republikanische Parteien kommen nur in Betracht: Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie. Für welche dieser Parteien sich der Wähler entscheidet, hängt von der besonderen Einstellung des Einzelnen ab. Die Hauptsache bleibt: für eine dieser Parteien stimmen und werden! Keine Stimme für Splitterparteien oder Splittergruppen! Keine Stimmhaltung!

An alle Mitglieder der uns angeschlossenen Organisationen richten wir die Aufforderung, mit aller Kraft in die Wahlbewegung einzutreten mit dem Endziel: Sieg des republikanischen Gedankens, der die unerlässliche Voraussetzung ist für den Sieg des pazifistischen Gedankens!

### Die Landarbeiter und die Wahl.

Entschließung des Landarbeiterverbandes.

Am 30. Oktober tagte in Berlin im Verbandshaus des Deutschen Landarbeiter-Verbandes eine Konferenz der Gauleiter. Sie beschäftigte sich mit der Wahlbewegung und faßte folgende Entschließung:

„Die am 30. Oktober 1924 tagende Konferenz der Gauleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes stellt sich nach eingehender Aussprache über die Wahlbewegung auf den Standpunkt, den Arbeiter in Feld und Wald zu empfehlen, am 7. Dezember 1924 reslos ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu geben. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei, die eine wirkungsvolle, erfolgreiche, im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegende Parlamentsarbeit bisher betrieben hat und ferner in diesem Sinne handeln wird. In dieser Meinung kann auch die gebilligte Art nichts ändern, mit der die Kommunistische Partei Deutschlands heute die Sozialdemokratische Partei bekämpft. Die Kommunisten sind Feinde der Arbeiterbewegung. Sie haben mit ihrer struppelosen Kampfesweise gegen die sozialistische Arbeiterbewegung die Gewerkschaften in der Vergangenheit erheblich geschwächt. Auch im Deutschen Landarbeiter-Verband ist zu beobachten, daß die Tätigkeit der Kommunisten nur im Interesse der Deutschnationalen und damit im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeitgeber gelegen ist. Die Deutschnationalen sind ebenfalls Todfeinde jedes Fortschrittes im Arbeitsverhältnis der Landarbeiter. Den Deutsch-



nationalen darf darum keine Arbeiterstimme am 7. Dezember zufallen.

Dagegen ist die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei auch darum erforderlich, weil nur diese Partei sich dazu entschließen konnte, Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter auf ihrer Kandidatenliste aufzustellen.

Mit der Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei am 7. Dezember darf es aber nicht sein Bewenden haben. Die ländliche Arbeiterschaft ist ferner verpflichtet, die sozialdemokratische Presse zu lesen, weil sie sich nur dann dadurch weiterbilden kann zur Vertretung ihrer Interessen. Die ländliche Arbeiterschaft muß sich auch in der Sozialdemokratischen Partei dauernd betätigen.

Erfreulicherweise ist überall ein neuer Aufschwung im Deutschen Landarbeiter-Verband festzustellen, der auch die besten Aussichten bietet für den Wahlkampf auf dem Lande. Will die ländliche Arbeiterschaft den weiteren Ausbau und die Stärkung ihrer einzigen Waffe im Befreiungskampf gegenüber der Willkür der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, dann muß sie am 7. Dezember sozialdemokratisch wählen. Wieder mit der Reaktion! Vorwärts im Kampfe für Sozialismus und Demokratie, für Schutz und Sicherung der deutschen Republik!

### Einige Zahlen.

#### Lehrreich für Reichstags- und Landtagswähler.

1. Seit etwa einem halben Jahre befindet sich das bekannte Stahlwerk Becker & Co. in Wilsch bei Krefeld in Zahlungsschwierigkeiten. Es wurde unter Geschäftsaufsicht gestellt, man versuchte unter Fortführung des Betriebes das Unternehmen zu sanieren. Es kam zu keinem Erfolge, das Werk wurde stillgelegt. Die Sanierungsversuche sind zuletzt an dem Widerstand der Familie des verstorbenen Generaldirektors Becker gescheitert; man hatte ihr 500000 Goldmark in bar und ferner für die Frau Becker eine lebenslängliche Rente von monatlich 3000 Mark angeboten, wenn sie dem angestrebten Vergleich zustimmen würde. Das hat die Familie abgelehnt. Offenbar sind 100 Mark pro Tag Rente, daneben noch die Zinsen von einer halben Million, noch nicht genug für die gnädige Frau, trotzdem die Frage noch nicht geklärt ist, wie weit die einzelnen Mitglieder der Familie Becker am Zusammenbruch des Unternehmens schuld sind.

II.

Gegenüber den Versuchen der „nationalen“ Parteien, den Monarchismus in Deutschland wiederherzustellen, ist es nützlich, daran zu erinnern, was dem deutschen Volke die Erhaltung der Parasiten auf den verschiedenen Bandesthronen gekostet hat. Nehmen wir zum Beispiel die Hohenzollernfamilie, die vor dem Kriege aus 31 Köpfen bestand. Ihr wurden als Schuttlingselder und Upanagen alle Viertelsjahr folgende Summen, wie Abbrucht von Keil in der „Weltbühne“ feststellt, ausgezahlt:

1. Der Kaiser (monatlich im voraus)	440 000 Mark
2. Die Kaiserin (vierteljährl. im voraus)	52 500
3-10. Kronprinz und Kinder	213 400
11. Prinz Friedrich	107 750
12-13. Adalbert und Kinder	90 945
14-15. August Wilhelm und Kind	82 800
16. Oskar	42 500
17-18. Joachim und Kinder	77 975
19. Heinrich	85 088
20. Waldemar	15 000
21. Sigmund	12 500
22. Friedrich Leopold	7 500
23-24. Friedrich Sigmund und Kinder	9 000
25. Friedrich Leopold und Sohn	7 500
26. Friedrich Heinrich	7 500
27. Joachim Albrecht	7 500
28-31. Friedrich Wilhelm und Kinder	15 000

Das macht insgesamt pro Vierteljahr 1274490 Mark oder pro Jahr 5097960 Mark. Außerdem hatte die Hohenzollernfamilie aber noch beträchtliche Einnahmen aus anderen Quellen, besonders aus dem Privatvermögen. Es ist also erklärlich, daß die Hohenzollern, wenn sie überhaupt nicht regieren sollen, so doch den Versuch unternehmen, auf dem Wege der „Abfindung“ das Volk auch fernerhin auszusaugen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß es in Deutschland neben Preußen noch ein paar Duzend „angestammter“ Dynastien“ gab, die gleichfalls recht erhebliche Einkünfte bezogen.

III.

Bei der Beratung der sozialdemokratischen Forderungen auf wesentliche Erhöhung der Leistungen der sozialen Versicherungen im vergangenen Reichstag boten die bürgerlichen Parteien für die Invalidenrentner, die bisher eine Monatsrente von 13 Mark beziehen, als Zulage eine ganze Mark für den Monat. Das macht auf den Tag berechnet 3¼ Pfennig, so daß die bisherige Rente von 43¼ Pfennig auf 46½ Pfennig pro Tag stieg. Die Forderung der Sozialdemokraten, die Renten zu verdoppeln, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Fast alle anderen Sozialrenten, trotzdem sie lächerlich niedrig sind, wurden, entgegen den sozialdemokratischen Forderungen, nicht aufgebessert. Lediglich für die Bezüge der Kriegsober wurde von den bürgerlichen Parteien eine geringfügige Verbesserung zugestanden.

### Der Krach bei den Völkischen.

#### Rebellion gegen die Parlamentarier.

Die famose Nationalsozialistische Freiheitspartei — jeder Teil des Namens ein Betrug — geht in Betreffs und Gestalt zugrunde. Jeder verdächtigt den anderen unlauterer Motive — und mit Recht; denn unlaute Motive hatten sie alle. Ein Herr Bold aus Lüneburg rebelliert gegen den „Führer“ Graefe, der er läßt in der „Reichsbürger Partei“, seinem Leiborgan, eine donnernde Philippika gegen Bold. Nun mischt sich die „Deutsche Zeitung“ ein und läßt einen Gefolgsmann des Bold schreiben. Der schreibt:

„Die Bemühungen, die nationalsozialistische Bewegung in den Rahmen einer Parlamentarierpartei zur weiteren Entwicklung zu bringen, sind schon heute gescheitert. Die Behauptung, die Vertretung im Parlament sei nur ein Arm der Bewegung, ist ein Widerspruch, wenn in diesem Arm die gesamte Führerschaft als Parlamentarier sich befindet. Der kommende Wahlkampf, das Rennen um die Reichstagsitze, wird in den Reihen der Opposition, in erster Linie in nationalsozialistisch denkenden Arbeiterteilen, das letzte Vertrauen zu der parlamentarisch eingestellten Führerschaft der Deutschvölkischen Freiheitspartei vernichten. Der Gedanke der Wahlenthaltung dieser Kreise findet seine Begründung durch die rein parlamentarische Arbeit und Einstellung der Führerschaft der Deutschvölkischen Freiheitspartei in den letzten Monaten. Vertrauen zur Führerschaft kann nicht bestehen, sondern muß von unten heraus erworben werden. Die Aufgabe der nationalsozialistischen Oppositionsgruppen im Reich ist nicht die (Deutschvölkische) Freiheitspartei zu bekämpfen, sondern die nationalsozialistische Bewegung in die Bahnen, die Adolf Hitler ihr vorgezeichnet hat, zurückzuführen.“

Herr Graefe, Herr Ludendorff und die anderen wollen in den

Reichstag. Ihre Leute wollen lieber Putsch spielen, dabei ist doch etwas zu holen — siehe die Diebstähle in der „Münchener Post“, und drohen mit Wahlenthaltung. Schmutzige Geldgeschichten kommen ans Tageslicht, siehe Bayern. Diese „Partei“ verfinstert im Schmutz, in den sie gehört.

### Sie melden sich wieder.

#### Die Deutsche Industriellen-Vereinigung lebt noch.

Die Deutsche Industriellen-Vereinigung ist unter den Unternehmerorganisationen das, was die Völkischen unter den Reichsparteien sind. Ihr Organ ist die „Deutsche Zeitung“, die Grundlage ihrer Existenz die Thronrede vom „zweiten Beisitzes“ des Londoner Vertrages. Sie läßt im verborgenen und wird nur bemüht, wenn die Reklametrümmer für die Reaktion gerührt werden muß.

Sie erläßt jetzt einen Wahlauftrag, gegen den selbst der deutsch-nationale Wahlauftrag eine geistige Leistung ist. Er beginnt:

„Die Deutsche Industriellen-Vereinigung“ erblickt den Sinn der bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage in einer endgültigen Niederrückung des verhängnisvollen marxistischen Einflusses auf den deutschen Staat. Nach ihrer Abfassung ist es lediglich die unteilbare Wirkung des marxistischen Giftes gewesen, die dem deutschen Volke das Mark aus den Knochen und das Gehirn aus dem Schädel gefogen hat.“

Dem deutschen Volk wurde allerdings das Mark aus den Knochen gefogen — aber nicht durch den Marxismus, sondern durch den Hunger. Am Hunger des deutschen Volkes aber

### Der deutsch-nationale Reichstagskandidat



Mr. Bazille in Vaters Kleidern.

trugen die Unternehmer Schuld, die in Krieg und Inflationszeit das Volk ausgezehrt haben.

Mit dem Geschrei „Gegen den Marxismus“ locken die Völkischen keinen Wähler mehr. Der Marxismus ist ihnen und ihresgleichen über.

Der Aufruf schließt mit folgendem Zitat:

„Der bekannte französische Volkstäter Léon Daudet sprach einmal in öffentlicher Kammerführung die graviosen aber aufrichtig gemeinten Worte aus: „Ich liebe die deutschen Sozialisten, weil ich Deutschland die Post wünsche.“ Darum, deutsches Volk, brich am Reichstage die nur zerstörend wirkende Vorherrschafft des Marxismus mit rücksichtsloser Entschlossenheit, dann hast du im selben Augenblick durch dieses dein Handeln den Weg wiedergefunden, der allein aufwärts führt zu den höchsten Höhen der politischen Freiheit und wirtschaftlichen Wohlfahrt!“

Herr Daudet ist der würdige Kumpan der Benz, Bruck und Genossen. Ein rogalistischer Hanswurst, den niemand ernst nimmt und den seine Freunde für gelinde verächtlich halten. Seine Worte lauteten übrigens nicht: ich liebe die deutschen Sozialisten, sondern ich wünsche den Deutschen die Republik.

Der rogalistische französische Hanswurst und die deutschen Monarchisten passen zueinander, Herr Daudet paßt zu Herrn v. Bruck von der Industriellen-Vereinigung, der trotz öffentlicher Stülpung wegen Verleumdung immer noch in der Öffentlichkeit hervorzutreten wagt.

### Wahlkomödie in Sowjetrußland.

In kurzer Zeit finden in Rußland die Neuwahlen der örtlichen Sowjets statt. Es wird hierbei zu einem „Kampf“ der herrschenden Kommunistischen Partei gegen nicht existierende andere Parteien kommen. Denn außer der Kommunistischen Partei darf im Sowjetparadies keine andere existieren, und jeder, der eine eigene Meinung zu äußern wagt, kann mit Sicherheit erwarten, daß er eingekerkert oder deportiert wird. Außer der offiziellen kommunistischen Presse existiert keine andere, und die Anhänger anderer Parteien sind genötigt, ihre Tätigkeit illegal auszuüben.

Unter diesen Umständen verwandeln sich die Sowjetwahlen in eine lächerliche Komödie. Die Prozedur besteht in der Regel darin, daß das örtliche Komitee der Kommunistischen Partei eine Kandidatenliste aufstellt, über die in den kommunistischen Zellen abgestimmt wird. Bei dieser Gelegenheit werden vom Komitee alle irgendwie selbstständig denkenden Kommunisten aus der Liste gestrichen und durch solche ersetzt, die sich in allem und jedem willfährig und folglos erweisen haben.

In der letzten Zeit zeigt sich in einer Reihe von Städten die Neigung, ein bis zwei Prozent Parteilofer, die in den kommunistischen Listen figurieren, in die Sowjets aufzunehmen. Diese als „ehrliche Parteilofer“ bezeichneten Elemente sind sehr nützlich bei Unterhandlungen mit den unzufriedenen Bauern und Arbeitern, bei Besuchen von Ausländern, bei Rundreisen der „begeisterten Volksmassen“ und sonstigen reklamehaftesten Schaustücken der Sowjetbehörden. In den Dorfsowjets ist der Prozentsatz der Parteilofer etwas höher, da auf dem flachen Lande die Zahl der Kommunisten noch geringer ist als in den Städten.

Interessant ist die Diskussion, die wegen der Frage der Parteilofer im kommunistischen Zentralorgan „Pravda“ geführt wird. In der Nummer vom 16. September finden sich darüber folgende Auseinandersetzungen:

Die einen mit dem Volkskommissar Stalin an der Spitze erklären: „Die vorliegenden Zahlen zeigen, daß die Parteilofer in

unseren Sowjets eine ganz unbedeutende Rolle spielen. Das darf nicht so weitergehen. . . . Man muß alles aufbieten, um die Bedeutung der Sowjets zu heben und die Sowjetwahlen in einen ernstlichen politischen Akt zu verwandeln. . . . Der Fehler, der bei den vorjährigen Sowjetwahlen in Moskau begangen wurde, war fast kein einziger Parteilofer in den Sowjet gewählt wurde, darf sich nicht mehr wiederholen.“

Dieser Forderung gegenüber, die die Unsicherheit in den herrschenden Kreisen der Kommunisten kennzeichnet, erklären die konsequenteren Kommunisten: — „Wozu dies alles? Bei uns gibt's doch keinen Kampf der Parteien und keinen Parlamentskampf nach bürgerlichem Muster. . . . Wir allein besitzen doch nur das Monopol der Legalität.“

Dieses zynische Eingeständnis muß festgehalten werden. Es ist für die Verhältnisse im Sowjetparadies nicht minder charakteristisch, wie die Tatsache, daß im kommunistischen Zentralorgan öffentlich darüber diskutiert wird, wie die Sowjetwahlen am besten „gemacht“ werden können.

### Mordbuben preisen sich an.

Im „Hamburger Fremdenblatt“ vom 1. November findet sich folgendes Inserat:

#### Ein waghaffiger Mensch.

27 Jahre alt, unbescholten, übernormale Kräfte und kerngesund, will seine ganze Lage ändern. Scheue f. nichts zurück und bin zu jeder Gefahr bereit. Bei gegenseitigem Liebereinkommen verpflichte ich mich auf 5 Jahre. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Nur streng national gesinnte Zuschriften sind zu richten an:

Frei Ruf, perAdr.: Heise, Haimar, Post Schade bei Hannover.

Rur „streng national gesinnte“ Kreise dürften für solche Angebote Interesse haben. Man tut dem edlen Herrn wohl nicht Unrecht, wenn man annimmt, daß er für die edlen Zwecke solcher „nationaler“ Organisationen tätig sein will, die beim Erzberger- und Rathenau-Mord eine Rolle spielten. Hoffentlich nimmt man sich seiner einmal gründlich an.

### Die Wahlfreiheit im besetzten Gebiet.

Die Reichsregierung hat sich wegen der Sicherung der Freiheit der Wahlagitator und der Wahlen selbst, also auch der Verfallungs- und Pressfreiheit mit den Regierungen der Besatzungsmächte in Verbindung gesetzt. Diese Regierungen haben Zusicherungen erteilt, die mit Sicherheit erwarten lassen, daß die Wahlvorbereitungen und die Wahlen von den Besatzungsbehörden in keiner Weise gehindert werden.

### Aus der Partei.

#### Ein Vierteljahrhundert Stadtvater!

Am gestrigen Tage blühte der Genosse Paul Hirsch auf eine 25jährige kommunalpolitische Tätigkeit im Interesse der Berliner Arbeiterbewegung zurück. Zur gleichen Zeit ist er 30 Jahre Mitglied unserer Partei. Im Jahre 1899 legten die Genossen Bernicke und Beyer infolge eines Konkurses ihre Mandate in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung nieder. Ihre Plätze nahmen die Genossen Kurt Baake und Paul Hirsch ein, als einzige Vertreter der Sozialdemokratie in dieser Versammlung. Hirsch entfaltete eine rege kommunalpolitische Tätigkeit, die weit über unsere Reihen hinaus anerkannt worden ist. Als die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beschloß, die Erfolge ihrer fünf- undzwanzigjährigen Tätigkeit im Berliner Rathaus zusammenhängend darzustellen und der Öffentlichkeit zu übergeben, wurde dem Genossen Hirsch diese Aufgabe übertragen. Das Werk, welches er geschaffen hat, führt den Titel: „25 Jahre sozialdemokratische Gemeindepolitik“ und bildet eine wertvolle Bereicherung unserer Parteiliteratur und einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Eine Reihe anderer wichtiger Schriften aus der Feder von Paul Hirsch sind weit verbreitet und überall bekannt. Darunter: „Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheit“, „Kommunale Wohnungsfürsorge“, „Aufgaben unserer Gemeindepolitik nach dem Kriege“ und „Kommunalpolitische Probleme“.

Mit zäher Beharrlichkeit strebte Hirsch nach der Zusammenfassung aller kommunalen Kräfte, um deren Leistungen im Interesse der Allgemeinheit und besonders der Arbeiterklasse zu steigern. Zuerst wirkte er in diesem Sinne als Mitglied des Zweckverbandes, später bei den Kämpfen um die Gründung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Das Werk, welches die Funktionen dieses riesigen Kommunalgebildes regelt und bestimmt, ist auf seine Initiative als damaliger preussischer Ministerpräsident zurückzuführen. Im Jahre 1921 wurde Hirsch auch Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung, aus der er dann aber ausschied, als die Teilung Berlins in 20 Bezirke und seine Wahl zum ersten Stadtrat und stellvertretenden Bürgermeister von Charlottenburg im März 1921 erfolgte.

Neben seiner reichen kommunalpolitischen Tätigkeit ist Hirsch auch als Dozent an der Sozialhygienischen Akademie in Charlottenburg seit deren Gründung tätig. Er liest dort über Verfassungs- und Verwaltungsfragen.

#### Erdmann Dubber gestorben.

In Hamburg ist unser altgedienter Genosse Erdmann Dubber im Alter von achtzig Jahren einem Schlaganfall erlegen. Genosse Dubber wurde am 30. Januar 1845 in Geesthacht geboren, wo er das Korbmacherhandwerk erlernte. In jungen Jahren bereits kam er nach Hamburg, wo die Arbeiterbewegung unter Lassalles Führung einen raschen Aufstieg erlebte. Dubber schloß sich der Bewegung an und war von da ab einer der eifrigsten und treuesten Kämpfer für die Sache der Arbeiterbewegung. In den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes ließ er es sich vor allem angelegen sein, das illegal im Auslande erscheinende Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“ zu verbreiten, und noch nach dem Jahre 1890 sah er es als seine Hauptaufgabe an, den sozialdemokratischen Zeitungsvortrieb in Hamburg zu organisieren. So war er mit dem Geschäftsbetrieb des „Hamburger Echo“ von Anbeginn an verbunden. Bis in sein hohes Alter war er ein unermüdlicher Arbeiter für die Partei und so ein Vorbild für jeden Genossen. Erdmann Dubber ist nicht mehr, sein Geist möge uns immer erhalten bleiben!

### Briefkasten der Redaktion.

N. 2. S. 506. 1. Sie müssen persönlich erscheinen. Ihre Frau können Sie mit der Wochenschrift des Termins beauftragen. 2. Die Besonderen hat der Postamt ausfüllen zu lassen. 3. Das Sonntagsbüro die Besondere von 7½ bis 9½ Uhr vormittags geöffnet sein. — S. 32. 1. Ze. 2. Rein. 2. Wenden Sie sich an die Postabteilung 3. D. W. Dir. Kreisverl. Berlin. Lindenstr. 2. — S. 3. Nehmen Sie mit dem Landrat Ihres Kreises Rücksicht. Sie können sich auch an die Kreispartei oder einen Genossenschaftsabend wenden. — S. 4. Verzeihen Sie Ihren Drucker, bei der Stelle, die die Ausschlachtung enthält, hat vorläufig zu werden und um Beschlusnahme der Anwesenheit zu bitten. — S. 6. 21. 1. Gegen den Reichstag ist es nichts einzuwenden. 2. Arbeitsministerministerium 3. Bieten Sie die Sachen mehrmals an. Sie können sie an denjenigen verkaufen, der Ihnen den höchsten Preis abgibt. Über den Wert kann man verhandelten Preis sein. — S. 100. 1. Rein. 2. und 3. Nehmen Sie beim Deutschen Arbeiter-Verband, Am Alsterufer, Berlin, an. — S. 11. Und ist eine solche Veränderung nicht bekannt. Wenden Sie sich aber an das Bezirksamt, wo Sie die näheren Bedingungen erfahren.



**Vorträge, Vereine und Versammlungen.**

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckhanstr. 37/38, Hof 2 Tr.  
 Kameradschaft Eilmühle. Am Sonntag, 8. Nov., abds. 8 Uhr.  
 bei Frau, Kollernsammung. Frauen der Kameraden sowie Repu-  
 blikaner sind herzlich willkommen. — Kameradschaft Schöneberg. Die Kameraden  
 treffen sich am Sonntag, 8. November, abds. 7 Uhr, am Untergrundbahn-  
 hof Bauart. Kreisversammlung in ansehnlicher. — Kameradschaft Prenzlauer  
 Berg. Am Sonntag, 9. November, vorm. ab 8 Uhr, wichtiges Besprechung mit  
 anschließendem Turnen in der Turnhalle Eberwölfer Straße. Alle Jugend-  
 kameraden müssen erscheinen. — Kameradschaft Siedersberg. Am Sonntag,  
 den 9. November, mittags 1 Uhr. Treffen am Bahnhof Siedersberg-Friedrichs-  
 fecht. Fahrt nach Friedersdorf. Die Untergruppen treffen sich um 2 Uhr am  
 Bahnhof Friedersdorf. — Kameradschaft Köpenick, rindl. Untergruppen. Am  
 Sonntag, den 9. November, früh 9 1/2 Uhr. Treffen vor der Adlerschule.  
 Gedächtnisfeier und Anbinden. — Kameradschaft Hagenparken-Neuen-  
 hagen-Birkenfeld. Am Sonntag, den 9. November, vorm. 10 Uhr, am  
 Bahnhof Hagenparken resp. Neuenhagen Treffen zur Fahrt nach Friedersdorf  
 zur Teilnahme an der Gedächtnisfeier. Vollständiges Erscheinen aller  
 Kameraden Pflicht. — Kameradschaft Schöneberg. Am Sonntag, den 10. No-  
 vember, Treffen in der Turnhalle am Wörthplatz. — Kameradschaft Char-

lottenburg. Am Dienstag, den 11. November, abds. 8 Uhr. Turnabend in  
 der Turnhalle. Kollernsammung. Eintrags Neues Ufer. Republikaner  
 als Gäste willkommen. — Kameradschaft Kreuzberg. Am Dienstag, den  
 11. November, abds. 7 1/2 Uhr, bei Frau, Kollernsammung. Besprechung der ge-  
 samten Kameradschaft. Vortrag. Republikaner als Gäste willkommen.

Reichsbanner der Kriegesbeschädigten, teilnehmer und Hinterbliebenen, Orts-  
 gruppe Siedersberg. Sonntag, den 9. November, vorm. 10 Uhr, in der Schul-  
 aula Wittenburger Str. 36/37. Kreisversammlung. Mitwirkende sind u. a.: Heinrich  
 Wille vom Reichsbanner (Moderation), Willi Jäger (Organist), Kurt  
 Pögel (Violinist), Adolph Hiller (Kongertführer). Frei-  
 eintritt. Beginn 8 Uhr. — Verein der Accidenz für Feuerbehaftung G. B. Reußlin, Bezirk 14.  
 Sonntag, den 9. November, vorm. 1 Uhr, im Anseher-Pokal, Anseher-  
 Straße 48. Öffentliche Filmvorführung. Eintritt 20 Pf.  
 Freieinlassige Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr. Pappel-Allee 15, Vortrag  
 des Herrn V. Rosal: „Die Entwicklung des freien Gedankens.“ Gäste  
 willkommen.

Weiter für Berlin und Umgegend. Früh neblig, sonst trocken und  
 vielach heiter. Nachts Frost, auch am Tage kühl. — Für Deutschland.  
 Ueberall kühl und vielach neblig, sonst trocken.

**Geschäftliche Mitteilungen.**

Im Berliner Konzerthaus „Clou“, Mauerstr. 82, herfürst kürzlich allabend-  
 lich Gemütslichkeit und Stimmung in den prachtvollen dieses Unternehmers.  
 Zwei Kapellen bieten den Gästen vorzüglich musikalische Genüsse dar und  
 sorgen dafür, daß während der Tanzpausen auch der verwöhnte Gäste Genuss  
 auf seine Rechnung kommt.  
 In der jetzigen kalten Jahreszeit werden an das Schürmer! besondere An-  
 forderungen gestellt und man muß aus diesem Grunde der Bitte derselben  
 besondere Beachtung schenken. Die Firma Urban u. Lemm empfiehlt zur  
 Befriedigung der Wünsche in unserer Zeit in unserer Zeit in der all-  
 bekannte Terpentinsäure „Urban“, welche jeden gefälligen Anforderungen  
 entspricht.  
 Die Herren lange suchen... die Sie diese Vereinnahmung von Preis und  
 Qualität widerfinden, heißt es im heutigen Nieder der bekannten Schuh-  
 fabrik Conrad Zed u. Cie. in Bura b. H. Das die Firma ihren Kunden  
 darbietet, läßt diese Worte gerechtfertigt erscheinen, denn man wird selten  
 ein solches reichhaltiges Angebot finden. Der gute Conrad-Zed-Schuh, allgemein  
 bekannt und beliebt, präsentiert sich dem Publikum nicht nur als lädende  
 Schuhmarke und als ein hervorragendes Qualitätsprodukt, sondern auch als  
 ein Produkt von so großer Billigkeit, wie es nur die Organisation dieser  
 Firma (direkt von der eigenen Fabrik durch eigene Vertriebsstellen an die  
 Kunden) gewährleistet.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
 Opernhaus  
 7 1/2 Uhr: Bohème  
 Opernhaus  
 am Königsplatz  
 7 1/2 Uhr: Martha  
 Schauspielhaus  
 7 1/2 Wallenst. Lager  
 Schiller-Theater  
 7 1/2 Guten Morgen,  
 Hr. Fischer! — Das  
 Fest d. Handwerker  
 Volksbühne  
 7 Uhr: Don Carlos

**Lessing-Theater**  
 Heute 4 U. klein. Pr.  
 Hässel und Gretel  
 Gr. Kinermärchen  
 8 U.: Die gr. Revue  
 Wien gib acht!  
 Geb. 150 Mitwirkende

**Deutsch. Künstlertheat.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Der Tanz um  
 die Liebe  
 Operette in 3 Akt.  
 von Osk. Strauss  
 Marika Serak  
 Erikar. Theilmann  
 Paul Gratz / Ro-  
 bert Nüstberger  
 Robert Scholz  
 Haas Wassmann  
 Georg Baselt  
 Erich Walter  
 Mus. Leit. M. Roth  
 Tänze: H. Linsen  
 Bühn. Bild. E. Stern

**Luftspielhaus**  
 Tägl. 8 Uhr: Die  
 Zwillingsschwester  
 Lustig v. L. Fuida  
 Alle Dersch / Joh. Kienast  
 Rem. Jankowsky

**Neues Opernhaus**  
 Täglich 8 Uhr:  
 E. Valente / Ulf Karstadt  
 „Vorstadtheater“  
 Sonntag 8 Uhr:  
 Wallner-Theat.  
 Tägl. 8 Uhr  
 David u. Goliath

**Residenz-Theater**  
 Hr.: Fel. Meinhardt  
 8 Uhr:  
 Die vier  
 Schlämmer  
 Mus. v. W. W. Goetze  
 Sonnt. 3 1/2 U. kl. Pr.  
 260 Frauen

**Central-Theater**  
 3 1/2 Der gestohlene Kater  
 U. G. Wissenswurm  
 Deuts. Opernhaus  
 Zu ermäß. Preisen  
 7 U. Der Prophet  
 Intimes Theater  
 8 Liebeskonzert  
 Tempo — Tempo!

**Kleines Th.**  
 Heute 4 U. klein. Pr.  
 Schneewittchen  
 Heute 7 Uhr  
 Premiere:  
 Rilla Durieux in  
 Die Königin  
 von Neapel

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Heute nach 4 Uhr  
 Preise ab 60 Pf.  
 Gr. Zauber-märchen  
 Rotkäppchen  
 Dazu die musk. Szenen  
 Die Zauberorille

**Rose-Theater**  
 Dir.: B. Rose  
 1/2 U. 4. Raffeller, v. Bamel  
 1/2 U. Schmetter-  
 lingsnacht

**Wintergarten**  
 Varieté-  
 Spielplan  
 Rauben gestattet!

**Neues Th. am Zoo**  
 Täglich 8 Uhr:  
 Die Frau  
 ohne Schleier  
 Märchenstücke  
 Nach 3 U. 1. Male:  
 Fitzflitz,  
 der Himmelstänzer

**Th. i. Kommand. Str.**  
 8: Neuest. Schlager  
 von Hugo Birsch  
 Wenn man ver-  
 liebt ist...  
 mit Molly Weasely  
 Siegfried Arno  
 Preis der Plätze: 1-8 Mk.  
 Stg. 2 1/2 Plätze von vorn

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Heute nach 4 Uhr  
 Preise ab 60 Pf.  
 Gr. Zauber-märchen  
 Rotkäppchen  
 Dazu die musk. Szenen  
 Die Zauberorille

**Th. i. Kommand. Str.**  
 8: Neuest. Schlager  
 von Hugo Birsch  
 Wenn man ver-  
 liebt ist...  
 mit Molly Weasely  
 Siegfried Arno  
 Preis der Plätze: 1-8 Mk.  
 Stg. 2 1/2 Plätze von vorn

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Heute nach 4 Uhr  
 Preise ab 60 Pf.  
 Gr. Zauber-märchen  
 Rotkäppchen  
 Dazu die musk. Szenen  
 Die Zauberorille

**Th. i. Kommand. Str.**  
 8: Neuest. Schlager  
 von Hugo Birsch  
 Wenn man ver-  
 liebt ist...  
 mit Molly Weasely  
 Siegfried Arno  
 Preis der Plätze: 1-8 Mk.  
 Stg. 2 1/2 Plätze von vorn

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Heute nach 4 Uhr  
 Preise ab 60 Pf.  
 Gr. Zauber-märchen  
 Rotkäppchen  
 Dazu die musk. Szenen  
 Die Zauberorille

**Th. i. Kommand. Str.**  
 8: Neuest. Schlager  
 von Hugo Birsch  
 Wenn man ver-  
 liebt ist...  
 mit Molly Weasely  
 Siegfried Arno  
 Preis der Plätze: 1-8 Mk.  
 Stg. 2 1/2 Plätze von vorn

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Heute nach 4 Uhr  
 Preise ab 60 Pf.  
 Gr. Zauber-märchen  
 Rotkäppchen  
 Dazu die musk. Szenen  
 Die Zauberorille

**Th. i. Kommand. Str.**  
 8: Neuest. Schlager  
 von Hugo Birsch  
 Wenn man ver-  
 liebt ist...  
 mit Molly Weasely  
 Siegfried Arno  
 Preis der Plätze: 1-8 Mk.  
 Stg. 2 1/2 Plätze von vorn

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Heute nach 4 Uhr  
 Preise ab 60 Pf.  
 Gr. Zauber-märchen  
 Rotkäppchen  
 Dazu die musk. Szenen  
 Die Zauberorille

**Th. i. Kommand. Str.**  
 8: Neuest. Schlager  
 von Hugo Birsch  
 Wenn man ver-  
 liebt ist...  
 mit Molly Weasely  
 Siegfried Arno  
 Preis der Plätze: 1-8 Mk.  
 Stg. 2 1/2 Plätze von vorn

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Heute nach 4 Uhr  
 Preise ab 60 Pf.  
 Gr. Zauber-märchen  
 Rotkäppchen  
 Dazu die musk. Szenen  
 Die Zauberorille

**Th. i. Kommand. Str.**  
 8: Neuest. Schlager  
 von Hugo Birsch  
 Wenn man ver-  
 liebt ist...  
 mit Molly Weasely  
 Siegfried Arno  
 Preis der Plätze: 1-8 Mk.  
 Stg. 2 1/2 Plätze von vorn

**Gr. Kinder-Vorstell.**  
 im Trianon-Th.  
 Heute nach 4 Uhr  
 Preise ab 60 Pf.  
 Gr. Zauber-märchen  
 Rotkäppchen  
 Dazu die musk. Szenen  
 Die Zauberorille



**Die zu Ehren der  
 Friedrichshafener  
 Besatzung des ZR 3 veranstalteten  
 Festlichkeiten im  
 Waldorf-Astoria Hotel in New-York**

erinnern daran, daß auch dieses seinen Ursprung auf unsere  
 Heimat zurückführt. \* Johann Jakob Astor aus Waldorf bei  
 Heidelberg, der im Jahre 1777 nach Amerika ausgewandert war,  
 gründete dort die Stadt „ASTORIA“, seine Nachkommen ihm  
 zu Ehren das berühmte New Yorker Hotel, in dem jetzt  
 Jahrhunderte alte Beziehungen neu gefestigt wurden.

Amerikanische Tabakleute (nicht Trunk) brachten die Firma  
**Waldorf-Astoria** mit dem Zeichen 

nach Deutschland. ~ Deutsche Kaufleute entwickelten sie wei-  
 ter. So entstand in Stuttgart als rein deutsche Gründung  
 jene weltbekannte Cigarettenfabrik, die heute Tausenden von  
 Menschen Brot schafft und deren Fabrikate nunmehr im  
 Stammland Amerika selbst wieder freundliche Auf-  
 nahme gefunden haben. ~

Sachkenntnis, Gründlichkeit und das ernste zielbewusste Streben,  
 nur das Beste zu bringen, begründen den hohen Ruf der  
**Waldorf-Astoria Fabrikate**  
 als einen international gewordenen Begriff für höchste Leistung.

SPEZIALMARKE:

**WALDORF ASTORIA COMPANY**



**Reichshallen-Theat.**  
 Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
 Nach halbe hr. 1. u. 2. Abends.  
 Dönhoff-Brettel. Herrlich.  
 Progr. 1.  
 Anf. 7 1/2. Populäre Preise

**Reichshallen-Theat.**  
 Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
 Nach halbe hr. 1. u. 2. Abends.  
 Dönhoff-Brettel. Herrlich.  
 Progr. 1.  
 Anf. 7 1/2. Populäre Preise

**Stahlmattzen**  
 u. Maß. Vollerkauf, Metall u. Fern. Günst.  
 Beding. Nr. 20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100

**Besonders** wirksam sind die KLEINEN  
 ANZEIGEN in der Gesamtauflage  
 des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

**Berliner Konzerthaus**  
 Mauerstraße 82 („Clou“) Mauerstraße 82  
 Täglich geöffnet  
**Vier-Uhr-Kaffee**  
 Promenaden-Konzert  
**Gesellschaftsabend / Tanz**

**Möbel**  
**auf Kredit!**  
 An- und Abzahlung nach Belieben!  
 Schlafzimmer, Küchen, Einzelmöbel  
**Riesen-Auswahl!**  
**Landwehr**  
 Müllerstraße 7, vorn 1 Treppe  
 (am Weddingplatz)

**Offene Beine**  
 Krampfadern und Flechte.  
 Eidiere Bellina — Beland Jochenius  
 Wiesmar'sche Bitterlikör.  
**Gellinstitut S. H. Müller**  
 9-7, Marktgrabenstr. 83, v. L.

Unserem Genossen Otto Wermuth  
 und Frau die herzlichsten Glück-  
 wünsche zur Silberhochzeit  
 Die Genossinnen und Genossen  
 der 2. Abteilung.

**KOMISCHE OPER**  
 Direktion: James Klein  
 8 Uhr Allabendlich 8 Uhr  
**GRÖSSTE  
 REVUE**  
 ALLER ZEITEN  
 „Das hat die Welt  
 noch nicht gesehn“  
 Vorverkauf ununterbrochen  
 Preise von 2 bis 15 Mk.

**Rennen zu Strausberg**  
 Sonnabend, d. 8. November  
 mittags 12 1/2 Uhr  
**Fahrplan:**  
 Charlottenbg. ab 10.19 10.40  
 Zoo 10.25 10.46  
 Friedr.-Str. 10.40 11.01  
 Alex.-Pl. 10.40 11.07  
 Schies. Bf. ab 10.52 11.15 11.25 12.25 1.25  
 Strausberg an 11.25 11.55 12.15 1.15 2.15

**Goethé-Bühne**  
 Klosterstr. 43  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
 „Sturm u. Drang“  
 von F. M. Kien u. c.  
 Regie: Dr. Heine  
 Revue: Theater, 10-2,  
 5-8, Wark. Spier u. Pflers  
 Mügel halb.Kass.-Pr.  
**Circus Busch**  
 Tel. 7 1/2, Stg. 2.3.4. U.  
 Neue Sensation.  
 Kapt. Wall's  
**Riesen krokodile**  
**Der Kampf  
 umt. Wasser**  
 Die berühmte. Ikarier  
 Bouhair-Troupe  
**Casino-Theater**  
 Unterstr. 37 Tägl. 8 Uhr  
 Neu!  
**Satan Weib!**  
 Berliner Volkslied in 6 Bildern  
 Berliner Humor, Berliner Typen  
 Vorher Souver. Teil  
 Volksliedl. Preise  
**Theater am  
 Bonaparte Tor,**  
 Täglich 8 Uhr u.  
 Sonnt. nachm. 3 Uhr  
**Elie-  
 Sänger**  
 Falschhafte  
 November-  
 Programm!  
 Volksliedl.  
 Preise  
**Parzellen**  
 in Motzenmühle vo  
 100 — an. Kiechler  
 Berlin, Arndtstr. 44.  
**Strumpfwaren u. Trikotagen**  
 Ia. Qualitätsware, große Auswahl  
 zu billi- ste Preisen, kaufen Sie bei  
**Erich Schulz**  
 Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220  
 a. d. Weichselstraße.  
 Vorzeiger dieses Inserats 5% Rabatt.

**Qualitäts-Rabatt**  
 u. Bekanntheit  
 bringt bei 95 Jahren  
 85 Spezialität  
**Conrad Müller**  
 schneidert  
**Offene Beine**  
 Krampfadern und Flechte.  
 Eidiere Bellina — Beland Jochenius  
 Wiesmar'sche Bitterlikör.  
**Gellinstitut S. H. Müller**  
 9-7, Marktgrabenstr. 83, v. L.



